41. Jahrgang — Bochum, den 2. März 1929 — Nummer 9

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. ◆ Einzelnummern 50 Pfg. ◆ Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pfg. ◆ Platzvorschriften ausgeschlossen
Postscheck-Konto Hannover Nummer 576 13. ◆ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße Nr. 65. ◆ Telephon-Nummer 608 21. ◆ Telegrammadresse: Altverband Bochum.

Klare Entscheidung!

Verband oder politisches Narrenspiel?

Das Leben ist schwer. Zweifellos. Am schwersten wohl wird es für den Arbeiter sein. Er ist nie seiner Existenz sicher. Ein Wort, ein Schreiben des Unternehmers genügt, **und in 14 Tagen kann er auf der Straße liegen.** Und doch hat er es noch schön gegenüber einer anderen, zwar kleiner Menschengruppe. Wer die sein mag? **Es ist das Grüppchen Leute in den kommunistischen Berufsfunktionen,** die dortigen Herren Redakteure, Abgeordnete und Sekretäre. Wie, das stimmt nicht? Ach so, ja, richtig, solange sie ihre Funktionen haben, stimmt das sicher nicht. Sie haben ja dann weiter nichts zu tun als die große Klappe aufzureißen und ins Land zu brüllen, daß die „anderen", hauptsächlich die Gewerkschaftsführer, nichts tun. Also immerhin eine nicht allzu anstrengende und gefährliche Tätigkeit. Zur Beschönigung sagen sie zwar, das wäre rrrevolutionär. Und es soll immer noch ein paar Dutzend Leute geben, die ihnen solchen Blödsinn glauben.

Was aber diese Leute um so viel bedauernswerter erscheinen läßt als den Arbeiter, ist die Tatsache, **daß sie täglich und stündlich aufs Pflaster gesetzt werden können.** Und diese Gefahr wird immer dann akut, wenn sie nach Auffassung der Parteihäuptlinge in Berlin und Moskau nicht laut genug Lüge und Verleumdung über die Gewerkschaften gebrüllt haben und im Ausgießen ihrer Schmutzkübel über deren Funktionäre erlahmen. Es gibt nur ganz wenige kommunistische Berufsfunktionäre, die seit Bestehen ihrer Partei den diesbezüglichen Forderungen nachkommen konnten. Die allermeisten brechen über kurz oder lang, angeekelt von ihrem eigenen schmutzigen Treiben, zusammen und — werden eben beiseite geworfen. Das sind dann noch die ehrlichsten. Die paar übrigbleibenden aber überbieten sich dann gegenseitig bis zur widerlichen Hysterie. Unter solchen Umständen ist es auch nur möglich, daß diese Leute an der Spitze ihrer Partei einen Mann stehen haben (der Vorsitzende Thälmann), der in Hamburg in seinen eigenen Schweinereien stecken geblieben war, von der Partei deshalb zum Teufel gejagt wurde, um vom Väterchen Stalin acht Tage später einfach wieder in die Parteiführung eingesetzt zu werden. Und alle die übrigen Berufsfunktionäre riefen sofort wieder: Hosianna! Hosianna!, obgleich sie acht Tage vorher gebrüllt hatten: Kreuzige ihn! Kreuzige ihn! Und das alles im Namen des revolutionären Klassenkampfes!

Sicher, sie sind tatsächlich eine Klasse für sich, diese kommunistischen Berufsfunktionäre, und sie müssen eben solch verzweifelten, wenn auch widerlichen Kampf um die Existenz „ihrer" Klasse führen. Nur kann unser Bedauern mit ihrer Lage nicht so weit reichen, daß wir untätig diesen ihren Klassenkampf auch dort dulden, wo sie die Lage und den Freiheitskampf **der proletarischen Klasse, also auch unserer Bergarbeiter, gefährden.** Solange die Leute nur ihre kommunistische Presse benutzen zur Führung ihres Existenzkampfes, kann man sie ja großmütig übergehen. Gott, sie können doch darin nicht gegen die deutschen Kapitalisten, gegen die Bergwerksbesitzer und gegen die Unternehmer der Schwerindustrie kämpfen. Das wäre ja Bruderkampf, denn Stalin braucht doch all diese Leute, um in Rußland die „sozialistische" (nach der Bezeichnung der Bolschewisten) Wirtschaft aufzubauen. Ganze Kommunalbetriebe, Schachtanlagen, Großbetriebe hat man doch diesen deutschen Kapitalisten zu treuen Händen übergeben. **Also gegen diese Leute in Deutschland in der kommunistischen Presse kämpfen?** Stalin würde seine hiesigen Lakaien für verrückt erklären und ihnen einen Fußtritt versetzen, daß sie die Treppe übersehen würden. Selbst der Schöpfer der russischen Revolution und der roten Armee, Trotzki, wurde außer Landes getrieben, weil er diese Verschacherung an die Kapitalisten kritisierte. Und da denke man einmal an so einen kleinen Pinscher der hiesigen Berufsfunktionäre dieser Partei. Aber es muß doch geschimpft werden, es muß doch revolutionärer Kampfesmut gezeigt werden! Einfache Sache! Da führt man diesen Kampf eben gegen die Arbeiter, wenn man nicht gegen die Arbeitgeber kämpfen darf. Man schlägt damit zwei Fliegen mit einem Lappen. Erstens hofft man im Kampf gegen die Arbeiter, **das heißt gegen die organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften** soviel Fuß fassen zu können, vielleicht dort einmal eine Berufsfunktion zu bekommen und so der Knute von Stalin und des Vertuschungsgenerals Thälmann entrinnen zu können; und zweitens beweist man den deutschen Kapitalisten, daß man in Rußland ihre Hilfe und Unterstützung verdient, **wo man in Deutschland doch den einzigen wirksamen Gegner des Kapitals, die Gewerkschaften, so „revolutionär" bekämpft.**

Und wie gesagt, weil doch die ganze Existenzsicherheit dieser kommunistischen Berufsfunktionäre nur abhängig ist von dem Radikalismus, in dem dieser Kampf **für die Kapitalisten,** oder, was dasselbe ist, **gegen die Gewerkschaften geführt wird,** deshalb haben wir immer noch ein mitleidiges Verständnis für das hysterische Toben derselben in ihrer Presse offenbart. Nachdem aber nun dieser bisher immerhin noch deutsch-kommunistisch-normale Zustand jetzt bei diesen Berufsfunktionären krankhafte Gehirnverbildungen hervorgerufen zu haben scheint, infolge deren sie Wahnvorstellungen hegen, zum Lehrmeister deutscher Gewerkschaftsstrategie berufen zu sein, und den kommunistischen Mitgliedern in unserem Verbande ihre Politik und Taktik vorschreiben wollen **gegen unsere Beschlüsse und das Statut,** müssen wir selbstverständlich zu den für solche Fälle vorgeschriebenen Abwehrmaßnahmen greifen. Wir wissen uns dabei einig mit 99 Prozent unserer Mitgliedschaft.

Die neueste Theorie dieser politischen Lausbuben, die täglich Gefahr laufen, von Stalin übers Knie gelegt zu werden und den Hosenboden stramm gezogen zu bekommen, weil es nun doch mit ihrer Bewegung immer mehr rückwärts als vorwärts geht, heißt nämlich: **Die Gewerkschaften sind überflüssig, ja mehr, sie sind Feinde der proletarischen Klasse. Nicht ihre Parolen, Beschlüsse, Statuten, Wahllisten usw. gelten, sondern nur die Parolen der kommunistischen Berufsfunktionäre. Dabei wird gar kein Unterschied mehr gemacht zwischen Gewerkschaftern und Unorganisierten. Das Gewerkschaftsvermögen wird einfach (beim nächsten Streik durch Unterstützung) mit den Unorganisierten geteilt und schon ist die revolutionäre Klassenfront geschlossen.**

Wer lacht da? Ach so, ein Gewerkschafter. Aber für die kommunistischen Berufsfunktionäre ist das verdammt nicht zum Lachen. Sie kalkulieren so: Väterchen Stalin zahlt uns unsere Gehälter für unsere Schufterle- und Spaltungspolitik unter den deutschen Arbeitern. **Resultat unseres Wirkens: Null!** Unsere Organisation wird immer kleiner. Ergo: Der Gedanke einer festen Organisation in Deutschland wird abgeschafft, wir kennen nur eine einzige Arbeiterfront, in der es eben keinen Unterschied gibt zwischen Organisierten und Unorganisierten, und — fertig ist die Laube! Wir bilden dann bei irgendwelchen Gelegenheiten Kampf-, Wahl-, Streikkomitees, wie es gerade trifft, und haben so endlich das Rätsel gelöst, wie man die ganze Arbeiterklasse „hinter" sich bringt. Die verfluchte Nachprüfung und Nachweisung durch Mitgliederstatistiken und Beiträge oder ähnliches hat dann ein Loch und Väterchen Stalin und der Vertuschungsgeneral Thälmann sind befriedigt. Tatsächlich hat Stalin in seiner kommunistischen Naivität in Moskau in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kommunisten im nordwestdeutschen Metallarbeiterkonflikt mit ihren Kampfkomitees 150 000 Arbeiter hinter sich versammelt gehabt hätten gegenüber etwa 50 000 der Gewerkschaften. (Als wir das in den russischen Berichten lasen, hatten wir zum ersten Male ernsthafte Besorgnisse

An die Verbandsmitglieder!

Nachdem die Kommunistische Partei bei der Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie von Bruchteilen der Belegschaft Kampfausschüsse, bestehend aus Kommunisten und Unorganisierten, wählen ließ, versucht sie, dieses auch im Bergbau zu erreichen. Bisher haben drei Zahlstellenversammlungen unseres Verbandes (Katernberg, Essen-Rellinghausen und Obermarxloh) derartige Beschlüsse gefaßt und die Belegschaften aufgefordert, Kampfausschüsse zu wählen. Der Vorstand sah sich, nachdem die Zahlstelle Katernberg mit ihrem Beschluß voraufgegangen war, veranlaßt, in seiner Sitzung vom 24. Januar zu beschließen, daß solche Ortsverwaltungsmitglieder, die derartige Beschlüsse gegen die Disziplin unseres Verbandes fassen lassen, ihres Amtes enthoben werden. Gegen Mitglieder, die sich in solche Kampfausschüsse wählen lassen, soll das Ausschlußverfahren eingeleitet werden. In Verfolg dieser Beschlüsse sind die Ortsverwaltungen der Zahlstellen Katernberg und Essen-Rellinghausen ihres Amtes enthoben und ist weiter bestimmt worden, daß diese Mitglieder ein Jahr keinerlei Funktionen innerhalb des Verbandes bekleiden können. Gegen einzelne Mitglieder mußte das Ausschlußverfahren bereits durchgeführt werden, denn auf keinen Fall kann unser Verband derartige disziplinwidrige Maßnahmen und Beschlüsse dulden.

Wegen der Durchführung dieser Maßnahmen hat die Kommunistische Partei in ihrer Presse den üblichen kommunistischen Krach geschlagen. Nunmehr erläßt die Bezirksfraktion der Opposition des Bergarbeiterverbandes (lies Kommunistische Partei Ruhrgebiet) in der Nr. 43 des „Ruhr-Echo" vom 20. Februar d. J. einen Aufruf an alle oppositionellen Kameraden im Bergbauindustriearbeiterverband. In diesem Aufruf wird unter Anwendung der üblichen kommunistischen Phrasen und Verdrehungen zu einer Konferenz aller oppositionellen Kameraden innerhalb unseres Verbandes auf Sonntag, den 10. März, eingeladen. Es werden alle oppositionellen Kameraden aufgefordert, Delegierte zu entsenden. Ferner sollen auch die oppositionellen Betriebsräte erscheinen. Unwahrerweise wird in dem Aufruf gesagt, daß der Verbandsvorstand die Spaltung des Verbandes betreibe und daß dies durch diese Konferenz verhütet werden müsse. Ferner wird behauptet, daß wir mit den Unternehmern gewissermaßen durch dick und dünn gingen und durch die Konferenz die Maßregelung der oppositionellen Kameraden verhindert werden solle.

Wir halten es für unter unserer Würde, uns gegen die Anwürfe der kommunistischen Lügenapostel zur Wehr zu setzen, denn wer schimpft, hat unrecht. Die Maßnahmen, die die Verbandsleitung getroffen hat, sind notwendig, um die Disziplin innerhalb unserer Organisation aufrecht zu erhalten. Die Kommunistische Partei, die innerlich völlig zerfallen ist und Ausschlüsse über Ausschlüsse in den letzten Wochen und Monaten vorgenommen hat, hat kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten unseres Verbandes hineinzumischen. **Da unser Verband eine unabhängige Organisation ist und bleiben muß, so machen wir alle Mitglieder unseres Verbandes darauf aufmerksam, daß die Beschlüsse der Generalversammlungen sowie die Bestimmungen des Verbandsstatuts allein maßgebend sind. Solche Mitglieder unseres Verbandes, die der Aufforderung der Kommunistischen Partei (Bezirksfraktion der Opposition), sich an der oppositionellen Bergarbeiterkonferenz am 10. März zu beteiligen, Folge leisten, stellen sich nach den oben angezogenen Beschlüssen unserer Generalversammlungen außerhalb des Verbandes. Dasselbe trifft auch für die Mitglieder zu, die sich bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl auf oppositionelle oder revolutionäre Gegenlisten aufstellen lassen. Für die Verbandsmitglieder kommt nur die offizielle Verbandsliste in Frage. Jede andere Liste bedeutet Zersplitterung und Schwächung der Organisation. Mitglieder, die in der einen oder anderen Weise gegen die Verbandsdisziplin verstoßen, haben den Ausschluß aus der Organisation zu erwarten.**

Wir bitten alle Verbandsmitglieder, in allen Revieren dafür zu sorgen, daß die notwendige Ordnung und Verbandsdisziplin aufrecht erhalten wird. Weist den Zersplitterern aus kommunistischem Lager die Türe und sorgt dafür, daß Einigkeit und Geschlossenheit aller Verbandsmitglieder gewahrt wird!

Bochum, den 23. Februar 1929.

Der Verbandsvorstand: J. A.: Fr. Husemann.

um die proletarische Zukunft Rußlands, denn man bedenke, das sagte Stalin, der oberste Diktator dieses Rußland!) Aber wie gesagt, die Situation ist klar. Wir als Gewerkschaften können solches Narrenspiel nicht müßig mitansehen. Unsere Geschichts-, Lebens- und Kampferfahrungen lehren eben etwas anderes, als diese deutsch-kommunistischen Lausbuben in den Berufsfunktionen der Partei. Die letzten hundert Jahre Kapitalismus haben bewiesen, daß eine unorganisiert handelnde Arbeiterschaft rettungslos verloren ist und verelenden muß.

Fünfzig Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung hat die deutsche Arbeiterklasse hochgetragen, immer mehr frei gemacht und uns bis an die Stufen der politischen Macht herangeführt. Wir ringen im Augenblick um die Festigung und den Ausbau dieser Position, um zu weiteren Erfolgen ausholen zu können. Und nun soll das alles „Verrat" gewesen sein, soll unser Wirken dem Sieg der Reaktion und des Kapitalismus dienen? Und die das sagen, wollen die einzig wahren Revolutionäre sein? Und solchen Narren sollen noch organisierte Arbeiter nachlaufen? Das wäre ein Witz der Weltgeschichte!

Wir sind nicht dazu aufgelegt, untätig solchen Witz sich vollziehen zu lassen. Klar und unzweideutig ist hier unsere Stellungnahme. Wir lassen das Werk einer ganzen Arbeitergeneration, die gewaltige Macht der deutschen freien Gewerkschaften, nicht gefährden. Wir haben mit unserem Verbande vierzig Jahre einer ganzen Welt getrotzt. An diesem Willen sind die Fürstenthrone zerschellt und Kaiser- und Königreiche in Trümmer gegangen. Die Massaker einer blindwütigen Soldateska konnten uns in unserem Aufstieg nicht aufhalten. Wir lachen auch heute der paar politischen Narren, die in der Angst um ihre Pöstchen lieber die organisierte proletarische Klassenfront befehden (bekämpfen oder gar schädigen können sie nicht), als ihre Unfähigkeit zuzugeben und stillschweigend abzutreten. Wir warnen aber auch alle unsere Mitglieder, auch wenn sie mit jenen Leuten in einer Partei stehen, deren schimpfliches Treiben irgendwie zu unterstützen oder mitzumachen. Wer es trotzdem tut, hat sich damit selbst außerhalb unseren Reihen gestellt und kann nichts mehr mit uns gemein haben. Wir verlangen aber auch von allen Mitgliedern, jetzt aufzustehen mit uns zur Abwehr gegen alle Versuche, unter dem Schutze der revolutionären Phrase in unsere Verbandsfront Lücken zu schlagen. Alles deutet darauf hin, daß man wieder eine neue Organisation aufmachen will. Denkt an die schmähliche Geschichte der Union und ihr Ende! Weist die neuen Störer unserer gewerkschaftlichen Einheit von euch! Schützt euren Verband, eure einzige wehrhafte und wirksame Bastion für Abwehr und Angriff gegenüber dem Zechenkapital und der Reaktion!

Neue Spethmann-Geschichten.

Dr. Spethmann hat kürzlich den zweiten Band von „Zwölf Jahre Ruhrbergbau" erscheinen lassen, der die Zeit vom Frühjahr 1919 bis zum Ruhrkampf umfaßt. Den letzteren sollen die beiden letzten Bände behandeln. Dabei will Herr Dr. Spethmann noch einige Ergänzungen zu den beiden ersten Bänden bringen sowie zu dem wenigen sachlichen Material Stellung nehmen, das namentlich „von einer Gewerkschaftsseite" in gegen ihn gerichteten Angriffen vorgebracht worden sei. Daß Dr. Spethmann damit unsere Zeitung meint, ist selbstverständlich. Auf „Beschimpfungen" will er nicht antworten. Ebensowenig will er auf Erzählungen eingehen oder auf Unterlagen, „die erst jetzt, viele Jahre nach den Ereignissen, zurechtgemacht" seien.

Schon diese letzte Bemerkung ist eine Unverschämtheit, eines „Wissenschaftlers" wenig würdig, da sie sich gegen die ehrliche Darstellung von Vorgängen richtet, zu der man keine Akten braucht. Daß man mit bergehohen Akten der geschichtlichen Wahrheit die Knochen verrenken oder das Genick umdrehen kann, hat Dr. Spethmann mit seinem Werk wahrlich bewiesen. Er hat, wie der verbohrteste Unternehmersyndikus der Vorkriegszeit es nicht besser gekonnt hätte, die Gewerkschaften als Dolchstößler und aufrichtige Bergleute und Verbandsangestellte als Heuchler hingestellt. Daß ihn die einseitigen Zechenakten dazu verleitet haben, ist keine Entschuldigung für ihn. Wenn Dr. Spethmann Jahre darauf verwandt hat, seine Geschichten als „Wissenschaft" zu frisieren, so hätte er auch in einem Dutzend oder mehr Fällen die in Frage kommenden Leute selbst nach ihrer Darstellung der betreffenden Ereignisse fragen können. Er hätte auch die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen fragen oder Einsicht in ihre Akten erbitten können. Aber ihm genügte für seine Tendenzarbeit das einseitigste Aktenmaterial der Zechenbesitzer. So gab er schon im ersten Band nicht nur falsche geschichtliche Darstellung, sondern schilderte Bergleute und ihre Vertreter als Heuchler und Verbrecher, wozu die tatsächlichen Vorgänge gar keinen Grund boten. Wir müßten Seiten voll schreiben, wollten wir diese Verdächtigungen im einzelnen widerlegen. Wie wahrheitswidrig Sp. die Vorgänge auf Sälzer und Neuack, die Tätigkeit unseres Kameraden Block schildert, erforderte allein Spalten. Gelungen ist, daß Kamerad Bartels (Dortmund), den Spethmann in seinem ersten Band auch als Mithelfer bei Absetzung von Zechenbeamten schildert, gerade für die erwiesene Hilfeleistung eine schriftliche Danksagung und einen Betrag von zweihundert Mark zugesandt erhielt. Selbstverständlich nahm Kamerad Bartels diese 200 Mark nicht für sich, sondern überwies sie der Dortmunder Kriegsblindenfürsorge. Vielleicht kommen wir gelegentlich auf weitere wahrheitswidrige Behauptungen Spethmanns zurück.

Im zweiten Band beschäftigt sich Spethmann nicht mehr ausführlich mit dem Bergarbeiterverband und seinen Führern, wie im ersten. Die ganze Darstellung ist aber ebenso einseitig und kann deshalb niemals als wissenschaftliche Darstellung der Geschichte der betreffenden Zeit gewertet werden, sondern nur als ein sehr subjektiver Beitrag zu einer solchen.

Daß am 17. Mai 1919 Vorstand und Angestellte des Bergarbeiterverbandes der kommenden Generalversammlung ihre Aemter zur Verfügung stellten, betrachtet Spethmann als einen Beweis dafür, wie sehr die Verbandsleitung in Bedrängnis gewesen sei. Ganz so schlimm war es auch damals nicht, im Verband hatte die vernünftige Richtung doch noch einen ganz anderen Einfluß als etwa in Belegschaftsversammlungen. Spethmann hält aber auch fest, daß in jener Zeit die wilden Streikversuche durch den Verband und seine Zeitung energisch bekämpft wurden. Im ganzen kann er es aber nicht lassen, Gewerkschaften und Sozialdemokraten als diejenigen hinzustellen, die schon während des Krieges alles getan hätten, das deutsche Volk zu verraten. Deshalb zitiert er auch aus dem Abschiedsbrief Eberts an Scheidemann die Feststellung, daß Ebert und Scheidemann während des Krieges „gegen die Gewalttätigkeiten des alten Systems bis zu seinem Sturz gemeinsam gekämpft" hätten. Das ist natürlich in den Augen Spethmanns ein Verbrechen, während es uns als glatte Selbstverständlichkeit erscheint. Wie die Unternehmer die Bergleute unter Drohung mit dem Schützengraben striezten, wie die Presse nicht nur geknebelt, sondern zum Sprachrohr offizieller Lügen gemacht wurde, das kann nur der so recht ermessen, der in jener Zeit im Vordertreffen der gewerkschaftlichen oder politischen Bewegung stand. Daß Spethmann aus dem Kampf gegen solche und ähnliche Vorkommnisse Stricke zu drehen sucht, ist bezeichnend.

Spethmann schildert die Tätigkeit der Bergarbeiterverbände gegen die Hetze der „Union" zwar ziemlich ausführlich, ebenso ausführlich auch die Tätigkeit Severings, Störungen der Produktion im Bergbau fernzuhalten. Severing ging darin so weit, öffentlich darauf hinzuweisen, daß ungestörte Produktion die Hauptsache, ihre Störung nach Art der freien Vereinigung ein Verbrechen sei, das Schuld daran trage, wenn die schon erwogene Ersetzung des Belagerungszustandes und der Schutzhaft durch den Ausnahmezustand nach § 48 der Reichsverfassung noch nicht erfolge. Severing verlangte mit Recht, daß die zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen geschlossenen Verträge maßgebend, daß Lohnbewegungen nur durch die Gewerkschaften zu führen seien. Störungen der Produktion entgegen diesen Abmachungen, passiver Resistenz usw. empfahl Severing dadurch zu begegnen, daß man die Betriebe so lange schließe, bis ihre reguläre Fortführung gesichert sei. Severing stellte fest, daß die Syndikalisten usw. wegen der Schutzhaft einen Skandal machten, als ob Hunderte von Bergleuten in Schutzhaft säßen. Dabei seien es nur vier, und auch bei einigen von diesen werde die Entlassung erwogen. Wenn natürlich die Hetze so weiter gehe, dann gäbe es nicht weniger, sondern mehr Schutzhaftfälle.

Auch die Schilderungen Spethmanns über die Vorbereitungen der KPD. Ende 1919, Anfang 1920 zu gewaltsamem Kampf sind u. E. geeignet, falsche Vorstellungen über die Stärke dieser Bewegung zu erwecken. Um jene Zeit war das Gros der Bergleute die Putschisten längst leid. Sie haben zwar noch viel verdorben und eine raschere Wiederbelebung der Produktion im Bergbau verhindert, aber an einen gewaltsamen Kampf konnten sie um jene Zeit doch schon nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg denken. Aber die Reaktionäre, die um jene Zeit langsam Morgenluft witterten, brauchten dies Putschgespenst, deshalb hatte der Verein mit dem langen Namen im August 1919 und im Januar 1920 in Eingaben an das Ministerium des Innern auf diese Putschgefahr hingewiesen. Spethmann schreibt zu dieser Lage:

„Der feste Wille zum Umsturz war auch in dieser ganzen Zeit vorhanden. **Wenn das kommunistische Element nicht hochkam,** so beruhte dies sicherlich **etwas auch** auf der Tätigkeit des Reichsinnenministers und auf dem Verhalten dieser oder jener **Arbeitergruppe** (!), stärker schon auf den Maßnahmen der Zechen, am entscheidensten aber auf dem Belagerungszustand."

Einigen „Arbeitergruppen" erkennt also Spethmann auch einiges Verdienst um die Entwicklung zu ruhigeren Zuständen zu. Wir behaupten, daß weitaus überwiegend die Tätigkeit der Gewerkschaften im Verein mit dem Wirken Severings diese Entwicklung entscheidend beeinflußte.

Der Kampf um die Sechsstundenschicht wird von Spethmann ziemlich ausführlich geschildert, die Tätigkeit des Bergarbeiterverbandes kommt dabei zu kurz, weniger Severings Eingreifen gegen tarifwidrige Streiks, das bis zu Versammlungsverboten und zur Entlassungsandrohung ging.

Daß im Januar 1920 zum Schutz des Reichstags die Sicherheitswehr eingriff, was Dutzende von Toten kostete, hält Spethmann für durchaus richtig. Er kann sich aber nicht verkneifen zu schreiben:

„Die gleichen Arbeiterführer, die noch vor 1¼ Jahren die Arbeiter zum Sturz der Regierung aufgeboten und die ihnen immer wieder das „Nieder mit dem Militarismus", „Fort mit den Waffen", „Für Verbrüderung und ewigen Frieden" eingeimpft hatten, die gleichen Arbeiterführer ließen jetzt, wo sie selber an der Spitze der Regierung sind und sich bedroht fühlen, in die Arbeiterschaft hineinschießen."

Es ist eigentlich schade, daß Spethmann den Unternehmern in die Finger gefallen ist. Welch prächtige Akquisition wäre dieser Mann bei seiner Geistesverfassung für die Kommunisten geworden! Er findet es für richtig, daß die Regierung das Parlament schützt und urteilt dann doch so wie ein Kommunist, allerdings nur, um die „psychologische Einwirkung" dieser Vorgänge auf die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets darzutun!

Andererseits muß Spethmann immer wieder die Tätigkeit Severings anerkennen. Auf dem Belagerungszustand beruhten die Verordnungen zur vorläufigen Dienstanweisung für Betriebsräte, die den Zechenbetriebsräten gesetzlichen Boden und bestimmte Aufgaben gab. Auf ihm beruhte die Mieterschutzverordnung, durch die verhindert wurde, daß ein Mieter auf die Straße gesetzt werden konnte, ohne eine andere geeignete Wohnung zu haben. Spethmann gibt zu, daß Severing auf billige Volkstümlichkeit verzichtete und den Belagerungszustand aufrecht erhielt, um neue Störungen der Kohlenwirtschaft zu verhindern. Der Bergarbeiterverband hatte Anfang 1920 auch Bedenken gegen die Verordnung, wonach zur Behebung der Kohlennot Ueberschichten zu vereinbaren seien zwischen Zechenverwaltungen und Betriebsräten. Das führte denn auch zu Verhandlungen mit den Gewerkschaften, deren Ergebnis das erste Ueberschichtenabkommen war. Die Gewerkschaften waren nicht stark genug, die glatte Durchführung dieses Abkommens durchzusetzen. Severing griff mit Verordnungen und Strafandrohungen ein, auch wenn Imbusch von „Drohungen sozialdemokratischer Reichskommissare" sprach. —

Hues erschütternde Broschüre vom Januar 1920: „Volk in Not!" hat Spethmann zu lesen anscheinend nicht für nötig gehalten. Sollte er sie aber doch kennen, so wird seine Darstellung um so tendenziöser. Hue wies in der Broschüre auf das Sinken des Förderanteils im Bergbau schon während des Krieges hin; auf den Raubbau, der Sicherungs- und Vorrichtungsarbeiten vernachlässigte. Er konnte aus der Rückblick der „Frankf. Ztg." auf 1919 zitieren:

„Während in vielen Betrieben mit alten Gewerkschaftern und mit Arbeiterausschüssen nach einer Rundfrage der „Frankf. Ztg." kluge Direktoren voll des Lobes waren, sehen wir es in Betrieben mit krassem Herrenstandpunkt und früher sehr servilen gelben Arbeitern bis zur gewaltsamen Absetzung der Direktion, zu wilden Streiks und zu wilden Sozialisierungen kommen."

So war auch die Lage im Ruhrbergbau! Die früher gelben und unorganisierten Pütts waren in jenen Sturmjahren die schlimmsten! Der Bergarbeiterverband hatte im Oktober 1918 nur 138 470 Mitglieder, Ende desselben Jahres aber 326 747. Es ist selbstverständlich, daß er die neu zugeströmten nicht so fest in der Hand hatte wie die alten Mitglieder. Wenn die Unternehmer den Wünschen der Bergarbeiterverbände nach Anerkennung der Organisation und Schaffung von Einigungsämtern schon 1915 nachgegeben hätten, so wäre die Entwicklung ruhig verlaufen. Aber erst im Oktober 1918 kam es zu den bekannten Verhandlungen und zur Anerkennung der Verbände.

Wenn Herr Spethmann auch nur flüchtig das Broschürenmaterial über die Tätigkeit unseres Verbandes während des Krieges, unsere Generalversammlungsprotokolle und Jahrbücher eingesehen hätte, dann hätte er ehrlicherweise nie zu einem absprechenden Urteil kommen können. Aber Spethmann konnte und wollte ja auch nur eine Darstellung im Unternehmersinne haben!

Die Schilderung des Kapp-Putsches, der in diese Lage an der Ruhr hineinplatzte, leitet Spethmann mit der Bemerkung ein, daß es „offensichtlich ein Vorstoß gegen das seinerzeitige Kabinett Ebert-Bauer" gewesen sei (eine erstaunliche Weisheit!), „dessen Hauptträger im November 1918 ebenfalls mit Gewalt die Macht an sich gerissen hatten". Der kleine Unterschied zwischen dem alten Obrigkeitsstaat und dem neuen Staat mit allgemeinstem Wahlrecht kommt Spethmann natürlich ja nicht zum Bewußtsein. Nach Spethmann kann man dem Kapp-Putsch „die gute Absicht" nicht absprechen. Vielleicht sei er nicht nötig gewesen, weil die Dinge sich auch so langsam geordnet hätten, zu verurteilen sei aber der Putsch, weil er schlecht vorbereitet und deshalb zum Mißerfolg verurteilt gewesen sei.

In Wirklichkeit war der Putsch ein blödes Verbrechen, und alles Elend, das er im Ruhrgebiet in den folgenden Kämpfen mit sich brachte, kommt zum überwiegenden Teil auf das Konto der Kappisten.

Die Schilderung der folgenden Kämpfe im Ruhrgebiet erfolgt bei Spethmann in der einseitigsten Weise. Wir sind nicht berufen, die Greuel jener Zeit zu verteidigen, weder von der einen noch von der anderen Seite. Unsere Leute haben in jenen Tagen unter ständiger Lebensgefahr den vernünftigen Kampf für die Republik geführt und sich dem sinnlosen „Weitertreiben" des Kampfes für „proletarische Diktatur" widersetzt. Doch dies ganze Kapitel gehört schon nicht mehr in das Gebiet gewerkschaftlicher, sondern politischer Betrachtung. Auf die beiden letzten Bände der Spethmann-Geschichten, die den Ruhrkampf behandeln, darf man gespannt sein. Wir vermuten, daß wir dazu noch einiges bisher Unbekanntes zu sagen haben werden!

Bergeversatz und Grubensicherheit.

Zwei Vorträge im Ausschuß des Reichskohlenrats am 20. Febr. beschäftigten sich mit einer Frage, die für die Bergleute von hoher Wichtigkeit ist. Es handelt sich letzten Endes um die Frage, ob oder wie weit der Bergeversatz aufgegeben werden soll oder kann im Interesse der billigeren Produktion unter Beachtung oder Nichtbeachtung der vom Allgemeininteresse sowohl wie vom speziellen Standpunkt des Bergmanns zu fordernden Maßnahmen der Grubensicherheit.

Die Frage des Bergeversatzes beschäftigt die Fachliteratur seit Jahren. Sie ist im Ruhrgebiet immer schwieriger geworden, da die durch die an bergpolizeiliche Vorschriften gebundene Praxis zu steigendem Mangel an Versatzmaterial geführt hat, so daß man sich, wie die jüngst erfolgte Gründung einer besonderen Aktiengesellschaft beweist, ernsthaft mit dem Gedanken trägt, die Sandlager nördlich der Lippe als Versatzmaterial ins Ruhrgebiet zu schaffen. Wenn man an Bergeversatz sparen könnte, so würde das selbstverständlich auf die Selbstkosten im Bergbau erheblich einwirken. An sich sind daran auch die Bergleute lebhaft interessiert, denn niedrige Selbstkosten bedeuten auch Erleichterung in Erlangung besserer Löhne. Natürlich darf eine solche Verbilligung nicht angestrebt werden auf Kosten der Grubensicherheit! Und darum drehte es sich bei den Vorträgen besonders, wie aus nachfolgendem ersichtlich ist. In der Sitzung referierte Generaldirektor Gaertner von der Wenceslausgrube über

Abbau mit Selbstversatz,

als Korreferent sprach dazu Prof. Dr. Bärtling von der Preußischen Geologischen Landesanstalt. Die Ausdehnung des Bergeversatzes und seine bergpolizeiliche Anordnung war zurückzuführen auf die Erkenntnis, daß durch die Ausfüllung der Hohlräume das absolute Maß der Senkung des Gebirges verringert, ihr Verlauf gemildert und gleichmäßiger gestaltet werde. Auch in bezug auf die Wetterführung hielt man den Bergeversatz für vorteilhaft, da er Hohlräume, Schlupfwinkel zur Ansammlung gefährlicher Gase, ausfüllte. Die Verminderung des Gebirgsdruckes ist nach verschiedener Richtung von wirtschaftlichem Vorteil, insbesondere aber wichtig wegen der Verminderung der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall. Aus diesen wenigen Andeutungen ist schon ersichtlich, wie wichtig auch für die Bergleute Erwägungen über den Verzicht auf Bergeversatz sind.

Auf Dr. Gaertners Vortrag wird, wenn er im Wortlaut vorliegt, noch zurückzukommen sein. Dr. G. schilderte den Wechsel in der Auffassung über die Wichtigkeit des Bergeversatzes und besprach seine heutigen Kosten. Es folgten Betrachtungen über Druck-, Zug- und Biegefestigkeit, Elastizität und Plastizität des Deckgebirges, deren Schilderung uns zu weit führen würde. Sandsteinschichten von 100 Meter Mächtigkeit tragen nach Dr. G. auf 100—300 Meter frei, soweit nicht zusätzliche Last überlagernder Schichtenpakete geringerer Zugfestigkeit Abweichungen bedingen. Der Vortragende schilderte dann ausführlich den Abbau unter Ausnützung der natürlichen Eigenschaften des Deckgebirges, wobei die Auflockerung der unter den festen Sandsteinschichten gelegenen unmittelbaren Hangendschichten zum „Selbstversatz" ausgenutzt wird, also ohne Einbringen fremden Versatzes. — Der Vortragende schilderte günstige Erfahrungen mit diesem Selbstversatz auf den Hang der Kohle und auf die Tagesoberfläche, auf die Bewetterung. Zum Teil käme auch der kombinierte Abbau, teils mit, teils ohne Versatz in Frage, um Bauwerke, Kanäle usw. gleichmäßig absinken zu lassen. Daß die Wirtschaftlichkeit bei Verzicht auf Bergeversatz gehoben werde, sei klar.

Herr Landesgeologe Professor Dr. Bärtling behandelte anschließend die Erscheinungen der Gebirgsdruckwirkungen beim Kohlenabbau vom Standpunkt des praktischen Geologen. Er besprach zunächst die vorliegenden Erfahrungen über Elastizität, Plastizität und besonders Dehnungsmöglichkeit der Gesteine, ferner die Entstehung und Wirkung der verschiedenen Arten von Schlechten mit besonderer Berücksichtigung der Sicherung der Grubenbaue gegen Stein- und Kohlenfall. An Hand einer Reihe von Beispielen aus dem niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk wurde die Art des Niedergehens des Deckgebirges über abgebauten

Räumen auf Grund eingehender Beobachtungen und die Wirkungen auf das Liegende der Flöze erläutert. Er kommt zu dem Ergebnis, daß man häufig in der Lage ist, den bei Niederbrechen des Hangenden entstehenden Druck zu beherrschen und sich nicht mehr von ihm die bergbaulichen Maßnahmen vorschreiben zu lassen braucht. Auf einen vollkommenen Versatz der abgebauten Räume kommt es dabei weniger an. Ein ungleichmäßiger Versatz kann sogar schädlich wirken. Viel wichtiger ist es dagegen, auch vom Standpunkt des Geologen gesehen, Stoßbreite und Abbaufortschritt den Verhältnissen des Hangenden anzupassen. Dadurch wird vor allem eine größere Sicherheit für die vor der Kohle beschäftigten Arbeiter erreicht.

Den beiden Vortragenden antwortete in der Debatte der Leiter des Preußischen Grubensicherheitsamtes, Herr Ministerialrat Hatzfeld. Seine Ausführungen waren im Hinblick auf Gaertners Aeußerungen über den „fast biblischen Glauben" an den Bergeversatz und seinen Hinweis auf die „nüchternen Angelsachsen", die fast keinen Bergeversatz kannten, von hohem Wert. Herr Hatzfeld betonte, daß man die technische Seite der Frage, die Ausnutzung des Gebirgsdruckes für die Kohlengewinnung, nicht unterschätzen dürfe, man dürfe aber die Verringerung des Gebirgsdrucks durch den Versatz, die Bekämpfung des Steinfalls und der Schlagwettergefahr auch nicht unterschätzen. Die Aufgabe der Technik: möglichst bruchfreies Absenken des Hangenden zu erzielen, werde je nach den Umständen mit und ohne Versatz möglich sein. Im allgemeinen habe man bisher den Standpunkt vertreten, daß die Anwendung möglichst vollständigen Bergeversatzes die bruchfreie Absenkung des Hangenden begünstige. In neuerer Zeit sei vielfach die Ansicht vertreten worden, daß dieser Versatz durch Ausnützung der natürlichen Gebirgsdruckvorgänge ganz oder zum Teil überflüssig gemacht werden könne. Diese neue Theorie stütze sich oft auf die englischen Verhältnisse, die er auf Grund zweier Studienreisen, 1913 und 1928, ziemlich genau kenne. Bei der letzten Reise habe er 24 Gruben unter Tage besichtigen können. Die englischen Gruben hatten vorwiegend flache Lagerung. Eine größere Anzahl Abbaustöße in einer Einzelstoßbreite von 40 Meter liegen nebeneinander, so daß eine Gesamtabbaulänge von mehreren hundert Metern, oft von einem Kilometer, entstehe. Vollversatz kenne man wenig. Meist habe man zu beiden Seiten der Abbaustrecke eine Mauer von 4 Meter Breite und zwischen den Abbaustrecken Einzelstöße, wo in Abständen von 8 bis 10 Meter eine Mauer von 2 Meter Breite nachgeführt werde. Die Berge hierzu werden dem Hangenden entnommen. Am Stoß selbst finde ein starker Holzausbau statt. Er habe aber auch einige Gruben mit Vollversatz gesehen. Man lehne auch in England die Druckwellentheorie nicht ab, man verwende viel eiserne Stempel, um ein gleichmäßiges Absenken zu erleichtern. Meist könne man sich aber mit dem Streifenversatz begnügen, weil eine Druckwirkung mehrerer gleichzeitig abgebauter Flöze nicht vorliege. Außerdem habe man in England günstigeres Hangende und weniger Störungen.

In Deutschland sei man zu weitgehendem Bergeversatz auch aus Rücksicht auf die Gefahren des Stein- und Kohlenfalls übergegangen. Die Bergbehörde habe deshalb den möglichst vollständigen Bergeversatz in Verbindung mit gutem Ausbau als eine notwendige Sicherung gegen Stein- und Kohlenfall angesehen. Ein teilweiser Uebergang zu teilweisem Versatz lasse sich auch in Deutschland denken, wozu allerdings eine gewisse Aenderung der Abbaumethoden, des Raubens des Ausbaues usw. gehöre. Ein Vergleich der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall sei sehr lehrreich. Die englischen Zahlen lauten:

	Gesamtunfälle	auf 1000
1925	60 614	69,0
1927	59 819	73,5

Davon waren tödlich 1925: 540 oder 0,61 je 1000; 1927: 563 oder 0,69 je 1000.

Die Zahlen für Deutschland lauten:

	Gesamt	je 1000	tödlich	je 1000
1925	27 446	75,8	464	1,3
1927	26 401	71,8	463	1,2

Da die Engländer mit beschäftigten Arbeitern rechnen, wir in Deutschland aber die Zahl auf Vollarbeiter umrechnen, gestaltet sich das Verhältnis für England vielleicht noch etwas günstiger.

Für unsere Frage wesentlicher sind aber die Unfälle im eigentlichen Kohlenstoß, und da ergibt sich folgendes Bild:

	Unfälle	tödlich
England:		
1925	47 904	332
1927	48 266	357
Deutschland:		
1925	16 767	269
1927	15 744	255

Die Unfälle vor dem Kohlenstoß machen danach in England von den Gesamtunfällen 78 Prozent, von den tödlichen 63 Prozent aus, während sie in Deutschland 58 bzw. 57 Prozent ausmachen. Wir haben in Deutschland noch eine Gruppe von Unfällen: im Abbau, von denen vielleicht auch noch bei nicht genauer Erfassung ein Teil unter Stein- und Kohlenfall gehört. Aber auch dann bleiben die Zahlen der Unfälle vor dem Stoß selbst in Deutschland günstiger als in England. Schließlich ist auch die unterschiedliche Art des Raubens des Ausbaues nicht ohne Einfluß auf die Unfälle. In England geht das Hangende von selbst zu Bruch, ob das bei uns bei veränderter Methode ebenfalls der Fall sein würde, ist eine offene Frage. Mindestens erscheint es fraglich, ob beim Uebergang zum englischen System vom Standpunkt der Sicherheit ein Fortschritt erzielt werden könnte. Wir wollen aber nicht stehen bleiben bei den Erfolgen, die wir zweifellos im Rückgang der Unfälle erzielt haben, sondern wir wollen weiteren Rückgang der Unfälle. Und für diesen weiteren Rückgang sind die Unfälle durch Stein- und Kohlenfall sehr wesentlich.

Die Wetterführung ist dann am günstigsten, wenn es gelingt, den Wetterstrom ohne große Verluste einen bestimmt vorgezeichneten Weg zu führen. Das ist aber sicher leichter bei vollem Versatz als bei teilweisem Versatz oder bei gar keinem Versatz. Bei Gruben mit heißen Betriebspunkten ist die Wettergeschwindigkeit von großem Einfluß in bezug auf die Kühlleistung. Die geschlossene Vorbeiführung des Wetterstromes am Stoß ist deshalb wesentlich. Schon aus diesen Gründen werden manche Gruben auf Teilversatz verzichten müssen. Bei Schlagwettergruben würde der Teilversatz auch ungünstig wirken durch die erhöhte Möglichkeit der Ansammlung von Wettern in Hohlräumen, Auskesselungen usw.

Man kann vielleicht noch die Schießarbeit einschränken, sie noch mehr in die Nachtschicht oder an den Schichtwechsel legen.

Auch in England sind einige Gruben, die Schlagwetterexplosionen hatten, zum Vollversatz übergegangen, obwohl sie dafür Versatzmaterial in die Gruben befördern mußten. Auch die Verhältnisse in manchen anderen Gruben Englands veranlassen nicht zur Nachahmung des dortigen Systems, denn selbst in ausziehenden Wetterstrecken, die sich an die Abbaufront anschließen, kann man jederzeit einen Schlagwettergehalt von 2 bis 3 Prozent feststellen.

England hatte 1927: 11 Schlagwetterexplosionen mit 72 Toten und 112 Verletzten, Deutschland 9 mit 15 Toten und 35 Verletzten.

Die Einführung des Teilversatzes auf schlagwettergefährlichen Gruben erscheint mir deshalb unmöglich.

Gegen eingehende Versuche ist nichts einzuwenden. Vielleicht kann aber durch technische Fortschritte, Blasenversatz, Bandförderung, Bergebunker das Einbringen von Versatz noch verbilligt werden, so daß auf diese Art die Selbstkosten noch gesenkt werden können.

Die Bergleute sehen jedenfalls heute noch in dem Vollversatz einen wesentlichen Sicherheitsfaktor. Auch das muß beachtet werden. Vorsichtige Versuche, um zum Teilversatz zu kommen, müßten jedenfalls mit genügender Aufklärung der Bergleute verbunden werden.

Auf die weitere fachtechnische Debatte, durch Lichtbilder erläutert, kommen wir vielleicht nach Erscheinen des offiziellen Berichts zurück.

Einstweilen scheinen uns die Vorträge und die Debatte eine neue Gefahrenquelle für den Bergmann anzukündigen, die die vollste Aufmerksamkeit unserer Kameraden erfordert!

Zweite Genfer Kohlenkonferenz.

Vernehmung von Arbeitersachverständigen.

Am 27. Februar setzt der vom Wirtschaftskomitee des Völkerbundes eingesetzte Kohlenausschuß seine im Januar begonnenen Sachverständigenvernehmungen über die Möglichkeiten einer internationalen Kohlenregelung fort. Diesmal werden in Genf Sachverständige aus Bergarbeiterkreisen zu Worte kommen, nachdem im Januar die Unternehmer gehört wurden. Es sind

neun Sachverständige

aus Deutschland, England, Polen, der Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien, Holland und Spanien geladen. Als deutscher Vertreter ist unser Kollege Dr. Berger-Bochum bestimmt worden.

Die Vernehmungen erstrecken sich auf Fragen der Produktion, des Handels, der Marktlage auf den Innen- und Auslandsmärkten. Dazu hat die Wirtschaftsabteilung des Bundessekretariats umfangreiche Materialien wirtschaftsstatistischer Art bereitgestellt, die einen sehr begrüßungswerten Ueberblick über die einschlägigen Verhältnisse in den einzelnen Ländern vermitteln. Neben der wirtschaftlichen Seite des zu lösenden Kohlenproblems werden jetzt in Genf auch die sozialen Fragen ausgiebig erörtert werden müssen. Angesichts der betrüblichen sozialen Konsequenzen des rücksichtslosen Wettbewerbskampfes auf dem Weltmarkte sind gerade die bergbaulichen Arbeitsbedingungen einer eingehenden Erörterung bedürftig. Mit seiner vorjährigen Veröffentlichung über Löhne und Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau, deren Angaben neuerdings bis auf das Jahr 1927 fortgeführt worden sind, hat der Kohlenausschuß eine recht nützliche Vorarbeit dazu geleistet.

Alle diese Dokumente gestatten, die internationale Aussprache über das Prinzipielle hinaus bereits in die ziemlich verwickelten Einzelheiten, die zu regeln wären, hineinzuführen. Dabei werden auch die mannigfaltigen Schwierigkeiten klarer werden, die bisher der Verwirklichung des so naheliegenden Verständigungsgedankens entgegenstanden. Zu einem Teil liegen diese

Hemmungen bei den Unternehmern,

denen ihre rein privatwirtschaftliche Einstellung den Blick für die aktuellen weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten trübt. Zum weiteren Teile sind sie in den struktuellen Verschiedenheiten der Volkswirtschaften der Kohlenländer zu suchen. So ist beispielsweise für Deutschland und England der Kohlenexport eine Lebensnotwendigkeit, die für andere Länder nicht in gleichem Grade gegeben ist. Dazu kommen die geologischen und abbautechnischen Unterschiede, Sortenungleichheiten und dergleichen. Nicht zu vergessen sind auch die außerordentlichen Abweichungen in den

Arbeitsbedingungen der Bergleute,

die ja mit eine wesentliche Krisenursache darstellen. Hier muß eine Angleichung, namentlich der Untertage-Arbeitszeit, erstrebt werden. Der Handels-Protektionismus einzelner Kohlenimport-, aber auch Exportländer schafft weitere Komplikationen, ebenso wie die bestehenden Valutadifferenzen. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Polen zahlt seinen Bergarbeitern Löhne in Zloty zu 48 Pf., die Deutschland in gleichem Betrage in Reichsmark zahlt. Der Goldwert des polnischen Lohnes ist also weniger als die Hälfte des deutschen Goldlohnes. Schließlich ist auch an die bunte Frachtgestaltung für Kohlentransporte zu denken. Für die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkte ist das alles sehr wichtig und erfordert

eindeutige Klarstellung.

Danach sind dann Ueberlegungen anzustellen, in welchen wirtschaftstechnischen Formen der Ausgleich gesucht werden soll. Ein lediglich privatwirtschaftliches Kohlenkartell kann ihn nach unserer Meinung nicht bringen. Bei der dem Bergbau eigentümlichen Verkoppelung privater und öffentlicher Interessen muß bei den zu schaffenden internationalen Kohlenwirtschaftsorganen sowohl eine

gleichberechtigte Mitwirkung der Bergarbeiter

als auch **öffentliche Kontrollen** durch den Völkerbund (auch zum Schutz der Verbraucherinteressen) vorgesehen werden. Wahrscheinlich werden hierzu neben privaten Marktabreden über Kontingente und Preise parallel laufende Abmachungen von Staat zu Staat notwendig sein. Der Kohlenfrieden verlangt von den Beteiligten, insbesondere von den Kohlengroßmächten, Opfer. **Aber diese Opfer werden geringer sein als die bisherigen Kampfverluste,** die auf die Dauer und in der jetzigen Höhe den Bergbau wirtschaftlich ruinieren und die Bergarbeiter zum Elend verdammen.

Auf den jetzt nach Genf entsandten Vertretern der lebendigen Produktionsmittel, der Bergarbeiter, ruht eine große Verantwortung für das zukünftige Geschick des Bergbaues. Die privaten Unternehmer empfinden diese Verantwortung, wie ihre Einstellung bei der früheren Vernehmung gezeigt hat, offenbar nicht in der gleichen Schwere, da ihre Sorge zunächst den toten Produktionsmitteln, den Anlagen und ihrer bestrentierlichen Verwertung galt. **Das Arbeits- und Lebensschicksal der Arbeiter steht aber höher.** Darum muß in Genf nach Gestaltungen der internationalen Kohlenwirtschaft gesucht werden, die es ermöglichen, den Bergarbeitern ihr hartes Los zu erleichtern und ihnen die wirtschaftlichen und sozialen Sicherungen zu geben, die der Schwere ihres Berufes entspricht.

Die Vernehmungen werden von dem Staatssekretär Trendelenburg geleitet, der den Vorsitz im Wirtschaftskomitee des Völkerbundes führt. Die Arbeitersachverständigen gelten formell als unabhängig, da eine Befragung der einzelnen Interessenorganisationen erst für eine spätere Phase der Kohlenuntersuchung vorgesehen ist.

Am 26. Februar tritt in Genf das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale zusammen, um die mit der Sachverständigenkonferenz zusammenhängenden Fragen zu diskutieren. An dieser Sitzung nehmen die Kollegen Limbert und Berger teil.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Erhöhung der gesetzlichen Pauschsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen bei den Arbeitnehmern des Aachener Steinkohlenbergbaues.

Der Präsident des Landesfinanzamtes Köln teilt mit:

Bei den der Aachener Knappschaft angeschlossenen Arbeitnehmern des Aachener Steinkohlenbergbaues werden vom 1. Januar 1929 ab die vorgesehenen gesetzlichen Pauschsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen allgemein und ohne Einzelnachweis bis auf Widerruf wie folgt erhöht:

I. Für Arbeiter:

a) bei einem Monatseinkommen bis zu 200 M. um 10 M. auf monatlich 50 M.,

b) bei einem Monatseinkommen von mehr als 200 M. bis 300 M. um 20 M. auf monatlich 60 M.

Durch die erhöhten Pauschsätze sind abgegolten: die Knappschaftsbeiträge (Krankenkasse, Erwerbslosenversicherung, Pensionskasse, Invalidenversicherung), Kirchensteuer, Beiträge für Berufsverband sowie Mehrkosten für Berufskleidung und Gezähe, außerdem bei den Arbeitern Sterbekassenbeiträge und bei den Angestellten Beiträge zur Werkspensionskasse.

Weist ein Arbeitnehmer nach, daß ihm notwendige Auslagen für die Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erwachsen, so gilt folgendes: Bei den Arbeitern kann der Arbeitgeber die genannten Sätze um 5 M. erhöhen.

Maßgebend für den zu gewährenden Pauschsatz ist das jeweilige Monatseinkommen. Die Finanzämter sind ermächtigt, bei zuverlässigen Arbeitgebern von dem Erhöhungsvermerk auf der Steuerkarte weitgehend Abstand zu nehmen. Diese Vergünstigung erfolgt durch besondere, dem einzelnen Arbeitgeber zuzustellende Verfügung, wonach für die im Aachener Steinkohlenbergbau beschäftigten, bei der Aachener Knappschaft versicherten Arbeitnehmer statt der gesetzlichen Pauschsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen die oben angegebenen Beträge steuerfrei zu lassen sind. Da die Pauschbeträge auf den nächsten durch 5 M. teilbaren Betrag aufgerundet worden sind, ist die Benutzung der amtlichen Lohnsteuertabelle für die Lohnsteuerberechnung möglich, wenn man vom abgerundeten Lohneinkommen den Betrag, um den der gesetzliche Pauschsatz erhöht wurde, vor Ablesen des Steuersatzes in Abzug bringt.

Bei Einzelanträgen auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages darf nicht von den erhöhten Pauschbeträgen ausgegangen werden, vielmehr **hat der Arbeitnehmer in jedem Falle nachzuweisen, daß und inwieweit der Gesamtbetrag aller Werbungskosten und anrechnungsfähigen (§ 17 Abs. 2 EStG.) Sonderleistungen die gesetzlichen Pauschsätze übersteigt.** In diesen Fällen ist die Gesamterhöhung und nicht nur die auf besonderen Antrag erfolgte weitere Erhöhung auf der Steuerkarte zu vermerken.

Die erhöhten Pauschsätze bei den Arbeitnehmern des Aachener Steinkohlenbergbaues setzen sich wie folgt zusammen:

Für Arbeiter:

1. Oberirdische Arbeiter:

	Monatseinkommen bis 200 M.	Monatseinkommen über 200—300 M.
a) Knappschaftsbeiträge (Kranken-, Pensionskassen, Erwerbslosen-, Invalidenversicherung)	24,66 M.	34,— M.
b) Sterbekassenbeiträge	2,— „	2,— „
c) Kirchensteuer	1,— „	2,— „
d) Beiträge zum Berufsverband	4,— „	4,— „
e) Berufskleidung	12,— „	12,— „
f) Gezähe	2,— „	2,— „
Insgesamt	45,66 M.	56,— M.
Aufgerundet	50,— „	60,— „

2. Unterirdische Arbeiter:

Zu a)	25,74 M.	35,75 M.
„ b)	2,— „	2,— „
„ c)	1,— „	2,— „
„ d)	4,— „	4,— „
„ e)	12,— „	12,— „
„ f)	2,— „	2,— „
Insgesamt	46,74 M.	57,75 M.
Aufgerundet	50,— „	60,— „

In den Fällen, in denen Arbeiter oder Angestellte mehr als 2½ Kilometer von der Arbeitsstätte entfernt wohnen und den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte regelmäßig mit Fahrrad zurücklegen, ist gestattet, daß hierfür gemäß § 16 Abs. 5 Nr. 4 EStG. ein Werbungskostensatz von 3 M. monatlich in Ansatz gebracht wird. Dieser Betrag ist dem nicht abgerundeten Erhöhungsbetrage (siehe vorstehende Tabelle) hinzuzurechnen. Erst dann ist auf den nächsten durch 5 M. teilbaren Betrag aufzurunden.

Die Erhöhung erfolgt in diesen Fällen durch Erhöhungsvermerk auf der Steuerkarte seitens des Finanzamtes. Es steht jedoch dem Finanzamt frei, die Errechnung des Erhöhungsbetrages dem Arbeitgeber zu überlassen. In letzterem Falle ist der Arbeitgeber durch ein entsprechendes Schreiben zu verständigen.

Das Heimarbeiterelend

wird grell beleuchtet von einem Genossen, der im „Abend" schrieb:

Ich war im Dezember 1927 bei den Heimarbeitern der Thüringer Spielwarenindustrie. Dort werden in den Spielwarendörfern 60 Prozent und mehr der Schulkinder in der Spielwarenindustrie beschäftigt. Ich sah die Kinder mit ihren bleichen Wangen selbst bei der Arbeit. Bei nächtlichen Besuchen in Heimarbeiterwohnungen konnte ich zuweilen feststellen, daß Schulkinder mit ihrer halbfertigen Arbeit in der Hand über dem Arbeitstisch eingeschlafen waren. Der Ernährungs- und Gesundheitszustand dieser Kinder ist denkbar schlecht. In einem Dorf konnte ich auf Grund der letzten Schuluntersuchungen ermitteln, daß der Gesundheits- und Ernährungszustand nur bei 22 Prozent gut war, bei 38 Prozent mittel und bei 40 Prozent schlecht. Einen besonders schlimmen Fall stellte ich in Sonneberg fest. Eine Heimarbeiterfamilie, die täglich 14 Stunden arbeitet, beschäftigt ihre drei Schulkinder mit und verdient pro Woche 20 Mark. Die drei Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren müssen täglich nach der Schule von 17 bis 23 Uhr mitarbeiten. Oft arbeiten die Kinder auch noch in der zweistündigen Mittagspause. Dieser Fall des unerhörten Raubbaues an der Gesundheit der Kinder steht aber keineswegs vereinzelt da.

Die Kinder einer Bremer Versuchsschule haben mit Heimarbeiterkindern aus Thüringen einen Briefwechsel geführt, und die kindlichen Berichte, die arglos schlichte Tatsachen erzählen, sind geradezu erschütternd.

Belastung der Krankenkasse der Reichsknappschaft durch Unfälle.

Die Hetze, die in den letzten Jahren gegen die deutsche Sozialversicherung im allgemeinen getrieben wurde, hatte einen Umfang angenommen, der kaum zu überbieten war. Nichtsdestoweniger ist dieser Fall hinsichtlich der Knappschaftsversicherung eingetreten. Unter den Vertretern der Bergbauunternehmer gibt es einige besondere Scharfmacher, die sich die Aufgabe gestellt haben, die Knappschaft in Grund und Boden zu reden. Als besonderer Rufer im Streit tritt der Generaldirektor Dr. Ing. h. c. Konrad Piatschek auf, der in den letzten Monaten namentlich den Berliner „Armen des Berliner Westens" Vertellkes zum Besten gab, nach denen die Bergarbeiter unverantwortlich hohe Leistungen von ihrer Krankenkasse erhalten und aus diesem Grunde lieber krankfeiern, als daß sie zur Arbeit gehen.

Wenn wir Herrn Piatschek hier als Geschichtenerzähler erwähnen, so geschieht es nicht aus dem Grunde, um mit ihm zu streiten oder ihn eines Besseren belehren zu wollen. Nein, dieser Mühenaufwand wäre vergebens. Wir wissen nämlich, daß gewisse Leute, bei denen der Gebrauch einiger Schlagworte zur Manie geworden ist, jedem Belehrungsversuch unzugänglich sind. Wir lassen deshalb Herrn Piatschek ruhig weiter als Sonntagserbauungsredner „geplagter" Börsenbesucher auftreten. Es soll ihm hiermit nur kundgetan werden, daß sein Eifern gegen die knappschaftliche Krankenversicherung auch andere dazu veranlaßt, der Frage nachzugehen, woher die große Belastung der knappschaftlichen Krankenversicherung herrühre. Sie sind dann auf folgendes Ergebnis gestoßen:

Von den 87 Millionen Mark, welche die Knappschaftskrankenkasse 1927 für die Krankenhilfe der Mitglieder selbst zu zahlen hatte, entfallen rund 20 Millionen Mark oder 23 Prozent für Krankenhilfe an solche Kranke, die wegen Unfällen zu feiern gezwungen waren. Die Knappschaft bekommt aber von den Sektionen der Knappschaftsberufsgenossenschaft für die Krankenhilfe der wegen Unfall Krankfeiernden nur etwa 4,5 Mill. M. ersetzt. Sie muß also 15,5 Mill. M. selbst dafür aufwenden. Nun fragen wir: Kann der Gesetzgeber es gewollt haben, daß die Lasten für die Unfallverletzten in einem solchen Ausmaße aus den Beiträgen der Bergarbeiter bestritten werden, oder ist nicht vielmehr der Sinn der Unfallversicherung der, daß derjenige, der den Gewinn aus dem gewerblichen Betrieb zieht, auch das Gefahrenwagnis für das Leben der darin Beschäftigten auf sich zu nehmen hat?

In einem Bericht, den die Leipziger Ortskrankenkasse für 1927 herausgab, wird mit einer gewissen Besorgnis festgestellt, daß die Ausgaben dieser Kasse für die Krankenhilfe an Unfallverletzte immer größer werden, da 1927 die wegen Unfall Feiernden 9,9 Prozent der gesamten Arbeitsunfähigen ausgemacht hätten. Diese Besorgnis ist verständlich. Was sollen aber erst die Knappschaftskrankenkassen sagen, bei denen der Prozentsatz der wegen Unfall Feiernden nicht 9,9, sondern 30 Prozent und mehr beträgt? Daß die hier genannten Zahlen keine Phantasiezahlen sind, das geht aus amtlichen Statistiken hervor. Nach den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts" für das Jahr 1928, Heft 12, entfielen im Jahre 1927 bei den gesamten gewerblichen Berufsgenossenschaften 5,36 durch Unfall Verletzte und Erkrankte auf 1000 versicherte Personen, bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft im gleichen Jahre aber 15,12. Im Gesamtdurchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften ist aber die Knappschaftsberufsgenossenschaft mit enthalten, sonst wäre der Unterschied noch größer.

Die Vorbelastung der knappschaftlichen Krankenversicherung durch Unfälle ist sehr hoch. Durch sie werden die Beiträge in die Höhe getrieben. Es können deshalb aus dem Vergleich dieser Beiträge mit den Beiträgen anderer Krankenkassen keineswegs Schlüsse auf ungerechtfertigte Ausnützung der knappschaftlichen Krankenkasse gezogen werden. Wer das macht, der will im Trüben fischen. Die wesentlichsten Ursachen der höheren Beiträge der knappschaftlichen Krankenversicherung gegenüber den anderen Krankenkassen sind die höheren Unfallgefahren im Bergbau. Die anderen Ursachen haben wir aufgedeckt, als wir die Belastung durch die Berufskrankheiten der Bergarbeiter, wie zum Beispiel das Augenzittern, behandelten. Angesichts der schofleln Hetze einiger Scharfmacher aus dem Bergbau gegen die Krankenversicherung der Bergarbeiter müssen wir vom Reichstag fordern, daß die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die von der Ersatzpflicht der Unfallversicherung gegenüber der Krankenversicherung handeln, unbedingt geändert werden, denn für die knappschaftliche Krankenversicherung sind sie auf die Dauer unerträglich.

Verwaltungskosten der Reichsknappschaft.

In Nr. 5 der „Bergbau-Industrie" vom 2. Februar brachten wir eine kurze Notiz über die Verwaltungskosten der Träger der Sozialversicherung. Daraus ging hervor, daß die Verwaltungskosten der Pensionskasse der Reichsknappschaft die niedrigsten sind. Wir wollen die damaligen Angaben, die den amtlichen „Nachrichten der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz" entnommen waren, durch eine Aufstellung der Reichsknappschaft ergänzen, die den Anteil der Verwaltungskosten an den Ausgaben der Reichsknappschaft und anderer Sozialversicherungsträger wiedergibt. Die Messung des Anteils an den Ausgaben gibt das beste Bild darüber, ob die Verwaltungskosten angemessen oder zu hoch sind, weil die Uebermittlung der Leistungen an die Versicherten die Hauptarbeit in der Gegenwart macht. Gemessen an den Ausgaben betrugen im Jahre 1927 die Verwaltungskosten bei den einzelnen Versicherungsträgern (in Prozent):

Ortskrankenkassen	8,3
Landkrankenkassen	10,7
Innungskrankenkassen	8,8
Reichs-Invalidenversicherung	6,1
Reichs-Angestelltenversicherung	6,9
Reichs-Unfallversicherung	10,4
Reichsknappschaft	4,0

Auch nach dieser Aufstellung hat die Reichsknappschaft die niedrigsten Verwaltungskosten aufzuweisen. Dieser Tatbestand braucht keineswegs ein Beweis dafür zu sein, daß in der Reichsknappschaft sorgfältiger als bei den anderen Versicherungsträgern darauf gesehen wird, daß keine ungerechtfertigten Verwaltungskosten verursacht werden. Es ist aber unzweifelhaft ein Beweis dafür, daß durch die Zusammenfassung der verschiedenen Versicherungszweige bei einem einzelnen Versicherungsträger die Ausgaben für die Verwaltungskosten gemindert werden. Der Anteil von 4 Prozent, der bei der Knappschaft errechnet ist, ergibt sich nämlich, wenn man die Ausgaben der Reichsknappschaft für alle Versicherungen zugrunde legt, welche die Reichsknappschaft durchzuführen hat. Als solche kamen in Frage: 1. die Pensionsversicherung der Arbeiter, 2. die Pensionsversicherung der Angestellten, 3. die Krankenversicherung der Arbeiter, 4. die Krankenversicherung der Angestellten und 5. die Invalidenversicherung der Arbeiter.

Die Tatsache der geringen Verwaltungskosten der Reichsknappschaft beweist, daß gewisse Leute, die in Berlin und Umgegend über den Verwaltungsapparat der Reichsknappschaft herziehen, gut daran täten, sich nach dem wirklichen Sachverhalt der Dinge zu erkundigen, bevor sie ihre von keiner Sachkenntnis getrübten Geschichten von sich geben, da sie sonst als hohle Schwätzer angesehen werden müssen.

Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Berufskrankheiten.

Im „Reichsgesetzblatt" (Nr. 7 vom 15. Februar d. J.) wird die zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten veröffentlicht. Die Verordnung hat für die Bergarbeiter eine besondere Bedeutung, weil durch sie zwei Berufskrankheiten der Unfallversicherung unterstellt werden, deren Anerkennung unser Verband seit langem erstrebte. Es sind dies Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen und schwere Staublungenerkrankungen.

Wir werden die Verordnung in der nächsten Nummer der „Bergbau-Industrie" ausführlich besprechen.

Jahreskonferenzen des Verbandes.

Bezirk Halle.

Der Bergarbeiterverband ist tot! Die Bergarbeiter wollen nicht mehr von den Gewerkschaftsführern, sondern von den Werksdirektoren geführt sein. Die Bergarbeiter haben erkannt, daß niedrige Löhne und lange Arbeitszeit das Fundament von Deutschlands wirtschaftlichem Wiederaufbau ist. Mit einem Worte: die Bergarbeiter wollen los von den Gewerkschaften! So jubelten Ende 1923 die wirtschaftsreaktionären Unternehmer des mitteldeutschen Bergbaues. Diese ihre innersten Wünsche berichteten sie als Tatsache — wissentlich unrichtig — der Reichsregierung. Auf der anderen Seite jubelten die von der KPD. geführten Unionen verschiedener Richtungen, daß es ihnen — mit der Not der Bergarbeiter und dem brutalen Vorgehen der Unternehmer als Bundesgenossen — endlich gelungen sei, die Bergarbeiter von ihren Gewerkschaftsführern zu trennen. In der Tat, es schien so, als ob düstere Schicksale den mühevollen gewerkschaftlichen Aufbau auf lange Zeit zertrümmern sollten. Niedrige Löhne und der Zwölfstundentag waren damals das Ergebnis des rücksichtslosen Drudes von allen Seiten. Fünf Jahre nur sind inzwischen ins Land gegangen und wie ganz anders ist es gekommen! Die Totengräber von damals sind arg enttäuscht worden. Aus der Niederlage ist ein gewerkschaftlicher Erfolg geworden! Mitgliederzahlen, die einst kühnster Optimismus kaum denken konnte, sind längst um Tausende überschritten worden. Das ist der Erfolg jahrelanger, mühevoller Arbeit der Gewerkschaftsführer und eines Stammes gut geschulter Funktionäre, die sich weder durch Parteiwahn noch durch Maßregelungen oder Gunstversprechungen der Unternehmer vom Wege ihrer gewerkschaftlichen Erkenntnis abtrennen ließen.

Daß im vorstehenden kein Wort zuviel gesagt ist, dafür gab den sprechendsten Beweis die Jahreskonferenz des Bezirks, die am 10. Februar in Halle stattfand. Nahezu 200 Delegierte aus allen Revieren und allen in Mitteldeutschland vertretenen Bergbauarten nahmen an dieser Konferenz teil. Vom Hauptvorstand war Kamerad Balke erschienen. Außerdem nahmen eine Anzahl Vertreter wirtschaftlicher und sozialer Körperschaften als Gäste teil. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Bezirksleiter Reddigau den Jahresbericht. Er konnte eingangs seines Berichts feststellen, daß die Wirtschaftslage des Braunkohlen-, Kali- und Erzbergbaues unter einem günstigen Stern stehe. Zeitweise bestehe Arbeitermangel. Trotz der günstigen Wirtschaftslage haben die Unternehmer sich allen Arbeitszeit- und Lohnforderungen der Arbeiter aufs entschiedenste widersetzt. Trotz heftiger Widerstände seitens der Unternehmer sei es der Organisation dennoch gelungen, für den Braunkohlen- und Kalibergbau ganz wesentliche Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen zu erreichen. Ganz hartnäckig gestaltete sich die Erledigung der Streitfragen für den Mansfelder Erzbergbau. Schon in kurzer Zeit wird es sich entscheiden, ob für den Mansfelder Erzbergbau die Lohn- und Arbeitszeitstreitfragen auf dem Wege der friedlichen Verständigung oder durch gewerkschaftliche Kampfmittel geregelt werden.

Auch die Entwicklung des Verbandes hat sich günstig gestaltet. Sie läßt sich am besten erkennen bei dem Vergleich der Einnahmen. Diese betrugen im Jahre 1924: 159 000 M., 1925: 239 000 M., 1926: 315 000 M., 1927: 390 000 M. und 1928: 666 000 Mark! Dementsprechend zeigten auch die Mitgliederzahlen eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung.

Der neue Name des Verbandes verpflichtet die Kameraden, dafür zu sorgen, daß im gesamten Bergbau die Organisationsfrage zum Vorteil aller Belegschaftsmitglieder einheitlich zu regeln sei. Redner konnte zum Schluß feststellen, daß der Verband im Bezirk Halle eine Schlagfertigkeit besitze, um wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen mit größter Ruhe entgegenzusehen. (Einmütiger Beifall.)

Anschließend gab Kamerad Lier den Kassenbericht, der vervielfältigt vorlag. Auch er konnte an Hand von Zahlen von einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung berichten. Der Jahresbericht war ein Spiegelbild der Tätigkeit der Bezirksleitung im verflossenen Geschäftsjahre. Es bot sich also die beste Gelegenheit Kritik zu üben und bessere Vorschläge für die künftige Tätigkeit zu machen. Die Aussprache war daher auch sehr anregend. Eine Anzahl Wünsche wurden vorgetragen. Im allgemeinen aber ist **die Tätigkeit der Bezirksleitung vorbehaltlos von allen Rednern anerkannt worden** und es kann daher als ein großer Erfolg verbucht werden, daß als Abschluß der Aussprache ein Antrag der Revisoren auf Entlastung der gesamten Bezirksleitung einschließlich des Kassierers einstimmige Annahme fand.

In seinem Schlußwort erwiderte Kamerad Reddigau, daß die Lohn- und Arbeitszeiterfolge im Braunkohlen- und im Kalibergbau kein Ausruhen bedeuten. Es gälte auch weiterhin, dem Verband neue Scharen zuzuführen, um die weitere Verbesserung der Wirtschaftslage der Bergarbeiter, insbesondere aber den Kampf um die Erringung des Achtstundentages bis zum Ende zu führen.

Da zurzeit im Reichstag der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes zur Beratung steht, der außerordentlich umgestaltungsbedürftig ist, wurde gleichfalls einstimmig eine vom Kameraden Balke (Bochum) begründete Entschließung folgenden Wortlauts angenommen:

„Die am 10. Februar 1929 in Halle versammelten Funktionäre des Bezirks Halle des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands protestieren ganz entschieden gegen die Verabschiedung des Entwurfes eines dem Reichstag vorgelegten Arbeitsschutzgesetzes in der vorliegenden Fassung. Der Entwurf macht die Regel, das heißt den Achtstundentag, zur Ausnahme. Die Parteien des Reichstags werden ersucht, den Ent-

Die Gasvergiftungen in Duisburg.

Argumente gegen das Ferngas?

In den letzten Wochen sind im Duisburger Bezirk mehrere Gasvergiftungen vorgekommen, die mit der Verlegung des Ferngasnetzes in der dortigen Gegend im Zusammenhang stehen. Das ist auch von den in Frage kommenden Stellen zugegeben worden. Die Vorfälle sind nicht geeignet, dem Gedanken der Ferngasversorgung Sympathien zu erwerben. Wenn mit der Ferngasversorgung die Gefahr verknüpft ist, daß schlafende Menschen durch heimtückisches, geruchloses Gas getötet werden, und wenn es keine Möglichkeit gibt, diese Gefahr zu bannen und vollständig aus der Welt zu schaffen, dann genügt das vollauf, um auf die Neuerung der Ferngasversorgung zu verzichten. Im Lager der Gegner des Ferngases hat man sich auch sehr bemüht, die Duisburger Unglücksfälle gegen die Ferngasversorgung auszuwerten. Fragt sich nur, ob man hier nicht mal wieder das Kind mit dem Bad ausschüttet. Allem Anschein nach ist das auch der Fall. Soweit Angriffe gegen die Ferngasversorgung im Zusammenhang mit der Duisburger Gasvergiftung vorliegen, vermißt man eine gründliche Klärung der Frage, wie es überhaupt zu den Unglücksfällen kommen konnte. Erst wenn diese Frage hinreichend geklärt ist, kann man urteilen.

Zunächst ist einmal zu untersuchen, ob das verwendete Leitungsmaterial einwandfrei ist. Diese Frage darf wohl bejaht werden. Die Lieferanten des Materials, ausschließlich deutsche Röhrenwerke, stellen Qualitätsware her. Das gilt besonders für Röhren mit großen Abmessungen. Die deutschen Firmen sind durchaus in der Lage, allen Anforderungen, die die Verlegung eines Ferngasleitungsnetzes an sie stellt, nachzukommen. Daran ist nicht zu zweifeln. Anders steht es aber um die Frage, ob die verwendeten Rohre die nötige Wandstärke haben. Wir wissen nicht, wie es damit steht. Sollte die Wandstärke ungenügend sein, so spricht das nicht gegen die Röhrenwerke. Diese haben ja darauf keinen Einfluß. Die Verbraucher bestellen die Rohre bei den Werken und schreiben die Wandstärken vor, die vom den Bestellern nach der Stärke des atmosphärischen Drucks berechnet werden. Gut scheint es zu sein, wenn sich die in Frage kommenden Stellen, nicht zuletzt die Kommunen und die Regierung, einmal eingehend darum bekümmern, wie die Dinge hier liegen und wie es mit den Wandstärken bei den zur Ferngasleitung benutzten Röhren eigentlich steht.

Wollen wir annehmen, daß es bei den Wandstärken nichts zu bemängeln gibt, so erhebt sich die andere Frage, ob die Leitungen mit der nötigen Sorgfalt verlegt wurden. Hier scheint die Sache nicht ganz zu stimmen. Es gibt eine ganze Reihe von Fachleuten, die die Verlegung durch die Ruhrgas A.-G. stark bemängeln. Es fällt überhaupt auf, daß die Ruhrgas A.-G. in stärkstem Maße kleinere Unternehmer für die Verlegung des Rohrnetzes herangezogen hat. Wir wollen damit nicht sagen, daß nur die größeren Firmen sachgemäß verlegen können. Wir wollen damit nur zum Ausdruck bringen, ob die von der Ruhrgas A.-G. mit der Verlegung der Rohre betrauten Unternehmer die nötigen Erfahrungen auf dem Gebiete haben. Deshalb fragen wir, weshalb z. B. die Firma Thyssen oder das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk nicht mit der Verlegung betraut worden sind. Beide Firmen betreiben die Ferngasversorgung bereits seit 1910. Seit dem genannten Jahre sind Fernleitungen, wenn auch ohne Schweißen, dafür mit Muffen- und Flanschenverbindung, von ihnen gelegt worden. Sie verfügen darin über reiche Erfahrungen und vor allem über ein eingeübtes Personal. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat z. B. Leitungen in einer Länge von fast 280 Kilometer verlegt, ohne daß man bisher in ähnlicher Weise von Unglücksfällen hörte wie im Duisburger Bezirk. Ob die Gasvergiftungen in Duisburg zu vermeiden gewesen wären, wenn man das alte Stammpersonal der Thyssenschen Gas- und Wasserwerke in Hamborn oder die eingeübten Mannschaften des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (Abteilung Borbeck) bei der Verlegung herangezogen hätte, wollen wir hier nicht entscheiden. Wir wollen nur das Urteil von Fachleuten hier wiederholen und unterstreichen, daß sich die Einstellung der Ruhrgas A.-G., die billigsten Unternehmer mit der Verlegungsarbeit zu betrauen, dahin ausgewirkt hat, daß vielfach bei der Verlegung Unternehmer beschäftigt werden, die bis dahin mit derartigen Leitungsverlegungen so gut wie gar nichts zu tun hatten.

Das gibt zu denken, wenn man sich die schwierige Arbeit bei der Verlegung der Leitungen einmal klarmacht. Es kommt dabei vor allem darauf an, die sogenannten Stoßstellen (das sind die Stellen, wo die Rohre zusammenstoßen und geschweißt werden sollen) sorgfältig zu schweißen. Das ist überhaupt eine Arbeit, die Ruhe und Zeit erfordert und die aus verschiedenen Gründen niemals in Akkord vergeben werden sollte. Sie geht in der Art vor sich, daß außerhalb des Rohrgrabens zwei bis drei — bei dünneren Leitungen auch mehr — Rohre zusammengeschweißt werden. Das ist sehr leicht, solange die Rohre außerhalb des Grabens liegen. Man kann dann die Schweißstellen mit dem Schweißbrenner sehr gut erreichen. Schwierig wird erst die Arbeit, wenn im Graben selbst geschweißt werden muß. Es ist dann nötig, den Graben an der Schweißstelle recht tief und breit auszuheben, damit der Arbeiter mit seinem Schweißbrenner die Schweißstelle auch erreichen kann. Beim Schweißprozeß wird nämlich das Rohr an der Stelle, wo die Schweißung stattfindet, durch Stichflamme in flüssigen Zustand versetzt. Hierbei verbrennt ein Teil der Rohrwände. Die Folge ist, daß die Schweißstellen naturgemäß dünner werden. Um dieses zu vermeiden, benutzt man sogenannte Schweißstäbe, Drähte aus gut schweißbarem Material. Man hält diese Drähte in die Stichflamme, wo sie flüssig werden. Das flüssige Eisen der Stäbe verbindet sich gleichzeitig mit dem flüssigen Eisen der Schweißstellen. Es verstärkt gewissermaßen die Rohrwand. Solange es sich bei der Schweißung um die obere Hälfte des Rohres handelt, ist klar, daß man das flüssige Eisen mühelos vom Schweißstab auf das Rohr leiten kann. Liegt aber die Stoßstelle im Graben, dann kann man schlecht an die untere Hälfte heran. Wird nicht sorgfältig gearbeitet, so rinnt das geschmolzene Eisen nicht auf das Rohr, sondern fällt auf die Erde. Wenn dabei auch wirklich eine Verbindung zustande kommt, so ist das Rohr an der Verbindungsstelle nach unten äußerst geschwächt. Es entsteht eine schwache Stelle.

Diese schwache Stelle verdient Beobachtung. Es braucht auch an dieser Stelle wohl kaum gesagt zu werden, daß diese Arbeit reiche Erfahrung haben will. Die verwendeten Arbeiter müssen den Prozeß kennen und auf ihn eingeübt sein. Vor allem müssen sie Zeit und Ruhe haben, um diese Arbeit, von der so viel abhängt, die zu Unglücksfällen führen muß, wenn sie nachlässig verrichtet wird, peinlich sorgfältig auszuführen. Wir können uns aber denken, daß der Unternehmer, der die Arbeit zu billigstem Preise übernommen hat, treiben muß. Er muß die Arbeit vorwärts drängen, damit er auf seine Kosten kommt. Dabei hat man nach unserer Auffassung in erster Linie daran zu denken, wenn man sich ein Bild darüber machen will, wie es zu den Unglücksfällen in Duisburg kam.

Sind die Rohre in der Weise, wie wir oben gezeigt haben, zusammengeschweißt, dann werden sie abgepreßt. Man könnte sich auf dieses Abpressen berufen und könnte sagen, dadurch ergäbe sich ja, ob die Schweißstellen an den Verbindungen auch dicht geworden sind oder nicht. Wie geht diese Prüfung aber in Wirklichkeit vor sich? Zeigt sich beim Abpressen, daß die Schweißstellen undicht sind, so nimmt der Arbeiter einen leichten Hammer und stemmt, wie man fachmännisch sagt, die undichte Stelle zu. Durch das Stemmen wird die Stelle natürlich dicht. Fragt sich nur, auf wie lange. Man muß hier nämlich berücksichtigen, daß der Graben an der Schweißstelle vertieft ist. Während das ganze

wurf so abzuändern, daß tatsächlich der Achtstundentag durch das Arbeitsschutzgesetz garantiert wird. Nur für ganz besondere Notfälle sind Ausnahmen zugelassen.

Die Konferenz erwartet weiter, daß dem Reichstag so schnell wie möglich der Entwurf eines Bergarbeiterschutzgesetzes vorgelegt wird."

Kamerad Balke hielt dann einen informatorischen Vortrag über das Thema: „Die Bergarbeiter in der Wirtschaft". Es ist natürlich schwer, ein solches Thema mit einem riesigen Material im Zeitraum von einer Stunde zu erledigen. Dennoch hat es Kamerad Balke ganz vorzüglich verstanden, die fundamentalsten Grundsätze den Kameraden in verständnisvoller Art vorzutragen. Er konnte den Nachweis dafür führen, daß die Mitwirkung der Arbeitervertreter in den gemeinwirtschaftlichen Körperschaften immer nur zum Vorteile für die Bergarbeiterschaft gewesen sei. Wer sich allerdings im Wirtschaftsleben betätige, der dürfe auch die große Verantwortung nicht scheuen, die solche Betätigung mit sich bringt. Festzustellen sei aber, daß die großen Erfolge in der Verbesserung der Lebenslage der Bergarbeiterschaft in der Hauptsache zu erzielen gewesen seien auf Grund der guten Kenntnisse, die man sich erworben habe in betriebswirtschaftlichen und konjunkturellen Dingen im besonderen und über die Weltwirtschaftslage im allgemeinen. Nur wer mit solchen Waffen ausgerüstet sei, könne dem wirtschaftlichen Gegner erfolgreich Boden abringen. Die gewerkschaftlichen Erfolge im Kalibergbau böten den besten Beweis für diese Behauptung.

Nach einer volkswirtschafts-theoretischen Auseinandersetzung der Kameraden Balke und Garbe vom Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat konnte Kamerad Reddigau unter großem Beifall der Konferenz dem Referenten für seinen wirklich wertvollen Vortrag den Dank aussprechen.

Ueber die **Betriebsrätewahlen** sprach dann Kamerad Hesse, der auf die besondere Bedeutung der in diesem Jahre zum zehnten Male stattfindenden Betriebsrätewahlen hinwies. Die Konferenz stimmte einmütig seinen Ausführungen zu, daß die zu wählenden Kandidaten zu den Betriebsräten nur von den freigewerkschaftlichen Organisationen ganz selbstverständlich unter der Führung des Verbandes aufgestellt werden dürften. Unorganisierte Betriebsräte ohne jeden gewerkschaftlichen Rückhalt seien Marionetten und zur Vertretung der Interessen der Arbeiter vollkommen bedeutungslos. Redner wies besonders darauf hin, daß sich diejenigen Kameraden, die Parteiweisungen folgten, selbst außerhalb des Verbandes stellten. Disziplin sei erste Bedingung!

Bei der Wahl der Bezirkskommission wurden auf Vorschlag aus den in Frage kommenden Revieren die ausscheidenden Mitglieder der Bezirkskommission einstimmig wiedergewählt.

In seinen die Konferenz abschließenden Worten konnte Kamerad Reddigau mit großer Freude feststellen, daß die Konferenz von dem einheitlichen Willen getragen sei, den Verband zum Wohle aller Arbeiter in der Bergbauindustrie zu stärken. Diese Konferenz bedeute die Feststellung, daß der Verband mit seiner Taktik und die Bezirksleitung mit ihrer Tätigkeit auf dem richtigen Wege seien.

Mit einem Hoch auf die fernere günstige Entwicklung des Bezirks Halle schloß Kamerad Reddigau die von kameradschaftlichem Geiste getragene Konferenz. —

✿

Im Anschluß an die Konferenz wurde dann der vom Verbandsvorstand herausgegebene Film „Durch Nacht zum Licht" den Konferenzteilnehmern und ihren Angehörigen vorgeführt. Wer allerdings in diesem Film berauschende Sensationen sucht, der wird nicht auf seine Kosten kommen; wer aber belehrt sein will über den schweren und harten Kampf, den die Bergarbeiter im Laufe der letzten 40 Jahre um Lohn und Brot haben führen müssen, der wird ein lebendiges Bild eines Bergarbeiterdaseins sich entwickeln sehen. Mit großem Fleiße sind alle wichtigen Ereignisse aus dem Laufe der Jahre zusammengetragen worden, um dem Zuschauer im Bilde die Entwicklung der Zeitverhältnisse und den großen Nutzen der Organisation zu zeigen. Der Film ist ohne Frage ein sehr gutes und wirksames Werbemittel für den Verband und er wird bestimmt in allen Orten, in denen er gezeigt wird, mit ebensolchem Interesse aufgenommen werden wie in Halle. Der Vorstand hat ein wirklich gutes Werbemittel geschaffen.

Bezirk Hannover.

Am 10. Februar fand die Jahreskonferenz in Hannover in den Räumen des Volksheims statt. Bezirksleiter Bode eröffnete dieselbe mit einem Nachruf für die während des vergangenen Jahres verstorbenen Mitglieder und Funktionäre. Namentlich wurde der sich besonders für die Organisation verdient gemachten Vertrauensleute Bonsack (Bündheim) und Heinrich Bosse (Goslar) herzlich gedacht. Nach Bildung des Bureaus nahm Kamerad Bode das Wort zum Geschäftsbericht 1928: Die Stagnation in der Organisation ist überwunden. Die Aufwärtsbewegung im Bezirk war bereits 1927 sehr merklich, ist aber im Berichtsjahre erfreulicherweise weiter vorwärts geschritten. Anfang des Jahres war ein Mitgliederbestand von 9279 und am Jahresende ein Bestand von 9953 vorhanden. An Neueintritten sind 2830 zu verzeichnen. Der Bestand wäre noch höher, wenn nicht im 2. und 3. Vierteljahr der Bezirk Ibbenbüren mit 216 Mitgliedern dem Ruhrbezirk zugeteilt worden wäre. Am meisten bemerkbar machten sich die Neueintritte im 4. Vierteljahr. Dieses ist auf die seit November vorgenommenen Hausagitationen zurückzuführen. Nach Angaben einzelner Kameraden, deren Namen bekannt gegeben wurden, wurden bis zu 65 Mitglieder aufgenommen; ein Beweis, daß, wenn jeder Kamerad diesem Beispiel nacheifern würde, in kurzer Zeit der letzte Mann der Organisation zugeführt werden könnte. Jedenfalls hat die Hausagitation durch ihre sehr guten Erfolge den Weg gewiesen, um die Organisation zu der Machtstellung zu führen, die ihr gebührt. Denn nur eine starke Organisation ist die beste Voraussetzung für erfolgreiche Lohn- und Arbeitszeitbewegung.

In diesem Zusammenhange beschäftigte sich Redner auch mit den Versuchen der Kommunisten, die Gewerkschaftsbewegung sich ihren Einflüssen dienstbar zu machen. Die verlogene Kritik dieser Richtung, ihre Bemühungen, selbst mit den Unorganisierten Lohnbewegungen durchzuführen, könne nur als eine bewußte Absicht, den Aufstieg der Arbeiterklasse zu hindern, angesehen werden. Der Verband wird mit allen Mitteln gegen diese Schädlinge vorgehen.

Die stattgefundenen Lehrkurse, an welchen eine Anzahl von Funktionären teilgenommen haben, sind sehr gut aufgenommen und wirken sich heute bereits in der Agitation und in der Organisationsarbeit aus.

Kamerad Bode verbreitete sich dann weiter über die Lohn-, Arbeitszeit- und Tarifbewegungen des Jahres 1928. Neben den größeren Revieren, wie Kali und Braunkohle, befinden sich im Bezirksbereiche noch weitere Reviere, die tariflich von der Bezirksleitung geregelt werden, z. B. Niedersachsen, Ilseder Hütte, nordwestlicher Harz, das Oelgebiet sowie noch einige alleinstehende Gruben. In allen Revieren sind in Lohn und Arbeitszeit Verbesserungen erreicht, die neben den Erfolgen in den größeren zentralen Gebieten sich sehr wohl sehen lassen können. In der Kaliindustrie sind die Spitzenlöhne um 55 Pf. erhöht worden. (Die neueren Erfolge fallen in das Berichtsjahr 1929.)

In der Braunkohle ist die Arbeitszeit ab 1. November um eine halbe Stunde, ab 1. April 1929 um eine weitere halbe Stunde verkürzt worden. Der Lohn wurde um 20 Pf. je Schicht erhöht.

In Niedersachsen (4355 Mann Gesamtbelegschaft) ist eine Lohnzulage von 50 Pf. je Schicht erreicht worden. Die Spitzenlöhne betragen in Obernkirchen 5,77 M. und in Barsinghausen 5,60 M.

Es muß die dringendste Aufgabe sein, diese niedrigen Tariflöhne im laufenden Jahre zu erhöhen. Die Folgen dieser Löhne müssen alle Einsichtigen bedenklich stimmen. Durch den niedrigen Lohn ist eine Abwanderung jugendlicher Arbeiter zu bemerken, die dahin führt, daß auch die Krankenziffern durch die verhältnismäßig hohe Zahl älterer Arbeiter weit über dem normalen Durchschnitt liegen. Für Untertagearbeiter betragen sie jetzt 20 Prozent. Im nordwestlichen Harz sowie bei der Ilseder Hütte konnten wir ebenfalls Erfolge erzielen.

Das Oelgebiet ist infolge der sehr starken Fluktuation ein Schmerzenskind des Bezirks. Gibt es doch Betriebe, die einen wöchentlichen Zu- und Abgang von über 30 Mann haben bei einer Belegschaftsstärke von 300 Mann. Die erreichten Erfolge in der Oelindustrie sind aber trotz der numerisch schwachen Organisation sehr gute. Der Spitzenlohn konnte auf 6,50 M. heraufgesetzt und die Arbeitszeit auf 9 Stunden verkürzt werden. Bei besseren Organisationsverhältnissen könnte dieses Gebiet, welches noch sehr große Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftsaussichten hat, an der Spitze marschieren.

An Rechtsschutzfällen wurden 338 erledigt, davon mit Erfolg 160. Der finanzielle Erfolg betrug 15 398 M. monatlich. Der wirkliche Erfolg ist natürlich weit höher.

Die Bezirkskasse hat einen Bestand von 33 032,58 M. Ausgegeben wurden: für Schulung der Mitglieder 14 115 M., für Agitation 11 265 M., für Ortsvergütung 33 002 M., an Unterstützung für 2905 Kranke 34 695 M., an Arbeitslose 14 593 M., für Streik 5953 M. und für Gemaßregelte 125 M.

Im Jahre 1927 wurden an Beiträgen eingenommen 86 687 und 1928 127 699 Mark. Diese erhebliche Steigerung der Beitragseinnahmen wurde nur darum erzielt, daß es möglich war, die Beiträge den satzungsgemäßen Bestimmungen annähernd anzupassen.

In der Diskussion sprach Kamerad Kiel über Rechtsschutzfragen und monierte noch bestehende Mängel. Kamerad Hille möchte die Jugendbewegung noch mehr als bisher gefördert wissen. Kamerad Fahlbusch war mit der Tätigkeit des Verbandes, trotz mancher Wünsche, die noch erfüllt werden müßten, einverstanden.

Kamerad August Schmidt vom Hauptvorstand sprach noch über die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Organisation in puncto Tarifrecht. Glänzend verstand es der Redner, die Entwicklung des Tarifrechts zu schildern. Die Arbeiterschaft, die durch die Wüste der Vorkriegszeit allen Gewalten zum Trotz es verstanden hat, zu marschieren, würde sich auch heute in ihrem Vormarsch nicht aufhalten lassen.

Die ausscheidenden Bezirkskommissionsmitglieder Böllersen und Dreyer wurden wiedergewählt. Die Bezirksbeiratsmitglieder sollen in den nächsten Unterbezirkskonferenzen aufgestellt und gewählt werden.

Zum Schluß sprach Kamerad Bode noch einige anerkennende Abschiedsworte für den Kameraden Bleckmann, welcher zur Zentrale nach Bochum übersiedelt.

Bezirk Herborn.

Unser Verbandsbezirk Herborn umfaßt ein geographisch weit ausgedehntes Gebiet mit ebenso weit verstreut liegenden bergbaulichen Einzelbetrieben. Es kommt hinzu, daß das Gebiet verkehrspolitisch noch nicht sehr erschlossen ist, so daß für den Funktionär oft zwei bis drei Wegstunden zu Fuß zurückzulegen sind, um an die Mitglieder heranzugelangen bei Erledigung von Verbandsgeschäften. Wir mußten deshalb auch dazu übergehen, die dortigen Angestellten mit Motorrädern und Kraftwagen auszurüsten, um die Bewegung ordnungsgemäß in Gang zu halten und ihren weiteren Aufstieg sicherzustellen. Bezeichnend für die Verhältnisse ist schon die Tatsache, daß wir dort Bezirkskonferenzdelegierte haben, die zweimal zum Uebernachten gezwungen sind wegen der weiten Entfernung und den ungünstigen Verkehrsverhältnissen. Eine Uebernachtung kommt für fast alle Delegierten in Frage. Trotzdem war festzustellen, daß zu der am 17. Februar stattgefundenen Bezirkskonferenz in Gießen die gewählten Delegierten alle erschienen waren.

Bezirksleiter Becker gab den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen war, daß die Bewegung sich in dem dortigen Bezirk, trotz der geradezu katastrophalen wirtschaftlichen Lage, in welcher sich verschiedene dortige Bergbauarten befinden, gut entwickelt hat und als gefestigt angesprochen werden darf. Selbst im Mayener Schieferbergbau, der stillgelegt ist, halten die alten Mitglieder die Treue. Dasselbe trifft für andere Gebiete zu. Ueberall ist festzustellen, daß trotz der verhältnismäßig niedrigen Löhne die Organisierten gern das Opfer der Beitragszahlung bringen, da sie wissen, daß bei Fehlen der Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse völlig zerrüttet werden müßten. Der Bezirk hat für seine Mitglieder allein 14 Tarifverträge laufen, eine Tatsache, die die Vielseitigkeit der dort notwendigen Arbeit für Angestellte und Funktionäre deutlich demonstriert. Um jeden dieser Tarife muß natürlich genau so heiß gestritten und gerungen werden wie um einen Einheitstarif für andere Gesamtbezirke. Wie Kamerad Becker darlegte, wurde vereinzelt Kritik geübt, daß bei verschiedenen Tarifen der Effektiv- (tatsächlich verdiente) Lohn höher sei als der im Tarif festgesetzte, und daß deshalb der Streit um den Tarifvertrag bzw. Tariflohn nicht viel Wert hätte. Becker legte den Delegierten auseinander, daß das eine völlige Verkennung der Situation sei. Erstens sollen Tariflöhne überhaupt nur Mindestlöhne sein, es soll also der tatsächliche Lohn immer über den Tariflöhnen liegen, und zweitens ist der Tariflohn immer die Grenze, an der ein eventuell vom Unternehmer beabsichtigter Lohnabbau Halt machen muß. Gerade im Herborner Bezirk mit seiner bedrohlichen Wirtschaftslage — man denke nur an die fortlaufenden Stillegungen —, Unterstützungsmaßnahmen durch den Staat (Subventionen) usw., ist es doppelt notwendig, im Tarifvertrag einen Schutz zu haben gegen evtl. einsetzenden Lohndruck. Die Delegierten waren sich auch alle klar über diesen Wert des Tarifvertrages und betonten, daß die Erhaltung und der stetige Ausbau dieser Verträge immer das Hauptaugenmerk der Organisation haben müsse.

Die Arbeit in den Zahlstellen

ist ebenfalls etwas besser geworden, was insbesondere schon in der Berichterstattung zum Ausdruck kommt. Die vielen Restanten, die früher immer in den Berichten mitgeschleppt wurden, sind verschwunden, was sich daran zeigt, daß die Zahl der gemeldeten Mitglieder zurückging, aber die Einnahmen gegenüber vorher sich erheblich erhöht haben. Trotz geringerer Zahl in der Mitgliederstatistik haben wir eine Zunahme zu verzeichnen. Neueintritte sind 547 erfolgt, so daß mit den Uebertritten aus anderen Organisationen ein Zuwachs von rund 700 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Bessern muß sich aber noch in den Zahlstellen die Berichterstattung über die Arbeitslosen und Kurzarbeiter (Berichtskarten). Gerade

---

Rohr auf hartem gewachsenen Boden liegt, ruht die Schweißstelle auf lose aufgeworfenem Boden. Durch zulaufendes Wasser senkt sich die lose Erde. So entsteht an der Schweißstelle ein Hohlraum. Dieser ist größer, je mehr man sich mit der Arbeit beeilt hat, je mehr der Arbeiter sich beeilen mußte, um auf den Lohn zu kommen. Sobald jetzt von oben der geringste Druck eintritt, hat das Rohr an der Schweißstelle die Neigung, sich nach unten durchzubiegen. Dabei platzen die weniger sorgfältig hergestellten Schweißnähte. Das Unglück ist da.

Wir glauben gezeigt zu haben, daß die Unglücksfälle im Duisburger Bezirk mit der Fernleitung und mit dem bei der Verlegung der Rohre angewandten Schweißverfahren gar nichts zu tun haben. Das Schweißverfahren ist tauglich, bei Verlegung eines Riesenrohrnetzes angewandt zu werden. Voraussetzung dabei ist nur, daß unter allen Umständen gewissenhaft und peinlich sorgfältig gearbeitet wird. Die Duisburger Vorfälle können niemals gegen den Gedanken der Ferngasleitung ausgewertet werden. Sie fordern nur kategorisch, daß die Arbeiten von gewissenhaften Unternehmern und von einem Stamm von gewissenhaften Schweißern und Beobachtungsbeamten ausgeführt werden. Die sozialdemokratische Fraktion im Preußischen Landtag hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet, was sie zu tun gedenke, um Leben und Gesundheit der Bevölkerung gegen Ferngasschäden zu schützen. Die befragte Regierung wird nichts anderes tun können, als mit der Art und Weise Schluß zu machen, wie die Ruhrgas A.-G. heute Leitungen verlegen läßt. Da die Arbeit für die Bevölkerung so große Gefahren nach sich ziehen kann, ist es unbedingt notwendig, daß die Regierung alle Unternehmer, die mit der Verlegung zu tun haben, prüft und konzessioniert. So erst wird die Möglichkeit gegeben, einwandfreie Arbeiten zu liefern, die Gasvergiftungen wie die im Duisburger Bezirk ausschließen. Darüber hinaus wird man sich damit zu beschäftigen haben, ob man nicht sonst das Undichtwerden der Schweißstellen vermeiden kann. Die technische Möglichkeit liegt vor. Man kann z. B. über die Schweißstelle eine Schutzmuffe ziehen, die beiderseitig durch Weichbleiringe abgedichtet ist. Durch eine solche Maßnahme würden die Verlegungskosten nicht sonderlich erhöht. Man schafft aber ein größeres Maß von Sicherheit und auf größte Sicherheit muß auch bei der Ferngasleitung alles ankommen, sofern man den Gedanken nicht noch weiter kompromittieren will. Die Unruhe in der Bevölkerung über die Duisburger Unglücksfälle ist keineswegs durch die Verlautbarungen in letzter Zeit beseitigt worden. Andererseits ist es bedauerlich, daß man nicht sofort mit der Prüfung und Konzessionierung der mit der Rohrlegung beauftragten Firmen vorgegangen ist, daß man bis jetzt noch nicht bestimmte Normen und Vorschriften für die Verlegung von Leitungsrohren herausgegeben hat und daß man immer noch fertiggestellte Netzteile dem Gebrauch übergibt, ohne daß sie durch geprüfte Aufsichtsorgane regelrecht abgenommen werden.

Man muß sich überhaupt fragen, weshalb die Ruhrgas A.-G. nicht beizeiten Vorkehrungen getroffen hat, um das höchste Maß von Sicherheit zu gewährleisten. Daß hier für die Erreichung der höchsten Sicherheit nicht alle Mittel ausgeschöpft worden sind, beweist nur, daß ein Projekt wie das der Ferngasversorgung einer privaten Interessentengruppe aus der Hand genommen und in die öffentliche Hand gegeben werden muß. Schon jetzt kann man sagen, daß ein Gebilde wie das der Ruhrgas A.-G. nicht ausreicht, um den Gedanken der Ferngasversorgung einheitlich durchzuführen. Wollen wir das erreichen, so muß die öffentliche Hand Träger des Gedankens werden. Die Sache der Ferngasversorgung muß Angelegenheit des Reiches werden: Das Ferngas dem Reiche!

Ein Vergleich.

In der republikanischen Wochenschrift „Deutsche Republik" bekämpfte Professor Grebe das Schlagwort von der „wohlfeilen Monarchie und der kostspieligen Republik" mit eindrucksvollen Zahlen. Die Gesamtkosten für die Minister, die Parlamente und die Reichsratsvertretung sämtlicher Länder betragen rund 20 Millionen Mark. Im Haushalt für 1913 standen folgende Ausgaben für die Fürsten:

Preußen	21 965 000 M.
Bayern	6 865 000 M.
Sachsen	4 311 000 M.
Württemberg	2 479 000 M.
Baden	1 812 000 M.
Hessen	1 265 000 M.
Zusammen	38 697 000 M.

Die sechs größeren Länder gaben 38,7 Millionen Mark allein für die Fürsten aus, wobei die Kosten von Ministerien und Parlamenten der Vorkriegszeit noch nicht einmal zum Vergleich herangezogen worden sind! Ebenso ist die Geldentwertung nicht berücksichtigt worden. Sehr reiche Zahlen!

Sozialismus und Katholizismus.

Auch innerhalb der katholischen Kirche machen sich sozialistische Bestrebungen geltend. Vorerst noch kleinere Gruppen von Laien und Priestern verfechten entgegen der im Katholizismus herrschenden Meinung die These, daß Katholizismus und Sozialismus miteinander vereinbar seien, ja sogar, daß der katholische Mensch aus seinem religiösen Glauben antikapitalistisch und prosozialistisch sein müsse. Insbesondere in der katholischen Jugendbewegung treten solche Strömungen auf. Aus ihren Reihen haben bewußte Katholiken auch organisatorischen Anschluß an die Partei gefunden. Diese katholischen Genossen brachten nun im Januar 1929 unter der Leitung von Heinrich Mertens eine Monatsschrift „Das Rote Blatt", Organ der katholischen Sozialisten, heraus. (Verlag der Mittelrheinischen Druckerei G. m. b. H., Köln a. Rh., Ursulaplatz 16.) Der zielweisende Zweck des neuen sozialistischen Mitstreiters ist, das Problem „Katholizismus und Sozialismus" sachlich zu erörtern und positive Kritik an der Verbürgerlichung des Kirchentums zu üben. „Das Rote Blatt" ist natürlich kein sozialdemokratisches Parteiorgan. Es ist sozialistisch, ist aber von der sozialdemokratischen Parteiorganisation und ihrer Disziplin ebenso unabhängig wie andere kulturelle Zeitschriften, die sich besondere Aufgaben im Rahmen der sozialistischen Geisteswelt gesteckt haben.

Schon die Januarnummer bietet einen überraschend reichen Inhalt. Sie beweist auch dem Skeptiker, daß im Katholizismus sozialistische Kräfte sich zu regen beginnen. Marxistische Gesellschaftskritik verbindet sich mit sozialistischem Aufbauwillen und einem starken Ethos aus katholischer Glaubenskraft. Die so denkenden Katholiken mögen noch klein sein an Zahl, aber sie verfügen über gutes geistiges Rüstzeug. Im „Roten Blatt" ist von dem üblichen Anpredigen Andersgläubiger nichts zu finden. Man wird nicht alles mit Zustimmung, aber alles mit starker Anteilnahme lesen. Auch freidenkerische Sozialdemokraten werden sich durch das „Rote Blatt" gerne über den Versuch einer Verbindung zwischen Katholizismus und Sozialismus unterrichten lassen, so unmöglich dieser Versuch vielen noch zu sein scheint. Eine große Anzahl nichtkatholischer Führer der Sozialdemokratie haben dem „Roten Blatt" bemerkenswerte Geleitworte auf den Weg gegeben. Wir nennen: Hermann Müller, Otto Braun, Otto Wels, Severing, Scheidemann, Stampfer, Leipart, Meerfeld, Sollmann, G. Beyer.

Das monatlich erscheinende Blatt ist für 60 Pf. vierteljährlich bei jeder Postanstalt zu beziehen. Man verlange das „Rote Blatt" auch in Zeitungskiosken.

der Herborner Bezirk leidet stark unter Arbeitslosigkeit der Mitglieder, so daß die Berichterstattung hier sehr viel dienen kann. Mit den gemeldeten Zahlen erhalten wir nämlich Material, um die Forderung auf Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle dortigen Bergarbeiter erfüllen oder zumindest unterstützen zu können. Die prompte Berichterstattung liegt also hier nur im Interesse der Mitgliedschaft. In den Ortsgruppen muß deshalb darüber gewacht werden, daß die Berichterstattung regelmäßig erfolgt. Heute melden von 150 Zahlstellen im Herborner Bezirk nur 60 bis 70. Auch die Bildungsarbeit muß in den Zahlstellen gefördert werden. „Verband und Wirtschaft" und unser Organ „Die Bergbau-Industrie" sind hier beste Wissensquellen für Funktionär und Mitglied; sie eingehend zu studieren, ist deshalb unbedingt notwendig. Auch die Zusammenarbeit der Ortsverwaltungen mit den Angestellten muß mehr ordnungsmäßiger erfolgen. Die Angestellten sind kaum in der Lage, in dem so räumlich ausgedehnten Gebiet die notwendige Verbindung zu halten. Es muß deshalb um so mehr Bedacht genommen werden darauf, daß alle Geschäfte in den bekannten Sprechstunden oder sonstigen vorgemeldeten Zusammenkünften erledigt werden müssen. Oft ist ein Angestellter kaum von der Ortsgruppe heimgekehrt, dann läuft schon wieder ein Schreiben ein, in dem seine Wiederkunft verlangt wird in irgend einer Rechtsberufungssache und dergleichen. Bei Berufungsfristen darf nicht gewartet werden bis zu den letzten drei Tagen, sondern es muß dem Angestellten, soweit es der Funktionär am Orte nicht selbst erledigen kann, sofort Mitteilung gemacht werden, damit unnütze Zeitverschwendung gespart wird.

Ein eigenes Kapitel ist die Arbeitslosenbetreuung im Herborner Bezirk. Ueber das Problem der Arbeitslosenversicherung allgemein sprach der Vorsitzende des Arbeitsamts Gießen. Wir werden über dieses Problem in einem besonderen Artikel in nächster Nummer berichten. Kamerad Laubert verbreitete sich noch über Methode und Taktik bei den kommenden Betriebsratswahlen, die zu einem Siege unseres Verbandes ausschlagen müßten. Die Wahlen zur Bezirkskommission ergaben Wiederwahl der alten Mitglieder.

Zum Abschluß hielt Redakteur Zimmer (Bochum) einen Vortrag über Wirtschaftsdemokratie, um den Delegierten zu zeigen, daß ihre Kleinarbeit draußen in den Verbandsortsgruppen ein Teil ist von dem großen Schaffen der proletarischen Klasse zur Vorbereitung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Bauleute an der Zukunft stehen eben nicht nur in den hohen Führerstellen, sondern ihre Front reicht hinüber bis zum letzten Mitgliede. Notwendig ist nur, daß alle, vom ersten bis zum letzten Zugehörigen in der Organisation, erfüllt werden mit dem glühenden Wollen im Verein mit der Tat, die wir ja alle stündlich und täglich bei Ausübung unserer Funktion in der Bewegung üben. Daß dieser Wille auch in den Funktionären des Herborner Bezirks lebendig ist, hat diese Konferenz bewiesen durch die freudige Zustimmung der Delegierten, als Bezirksleiter Becker am Schlusse aufforderte, nun hinauszuziehen in die Ortsgruppen und dort das während der Konferenzverhandlungen Gehörte im Dienste an der Bewegung und für die Organisation auszunutzen.

Profitjägerei und Dumping im polnischen Bergbau.

Neuerdings richteten die polnischen Grubenbesitzer eine Eingabe an die Regierung, worin sie nicht nur erhebliche Frachtvergünstigungen, sondern auch noch staatliche Subventionen zwecks Verstärkung der Kohlenausfuhr verlangten. Sollten diese Subventionen bewilligt werden — was noch sehr zweifelhaft ist —, dann würden sie einem doppelten Zweck dienen: erstens der Forcierung eines Kohlendumpings, mit dessen Hilfe ausländische Märkte der polnischen Kohle unter allen Umständen erschlossen werden sollen; zweitens würden die Subventionen — und das ist die Hauptsache — die unergründlichen Taschen der polnischen Grubenbesitzer zum Ueberlauf füllen.

Wenn man die Produktion vom Juni 1928 in Höhe von 3,191 Mill. Tonnen zugrunde legt, wurden letztjährig insgesamt 38,282 Mill. To. Steinkohlen gefördert. (Der in Erschöpfung begriffene Braunkohlenbergbau kommt kaum in Betracht, denn er lieferte 1928 nur etwa 70 000 To. gegen 197 000 To. in 1913; er konzentriert sich ausschließlich auf das Revier Kielce.) An Koks, dessen Produktion sich gegen 1913 verdoppelt hat, wurden 1928 insgesamt 1,602 Mill. To. gebucht, an Briketts 249 000 To. gegen 320 000 To. in 1913. Außerordentlich stark gestiegen ist die Kaliproduktion, nämlich von 2340 To. in 1913 auf 380 000 To. in 1928. Verdoppelt hat sich auch die Gewinnung von Steinsalz, und zwar von 188 000 To. in 1913 auf 390 000 To. in 1928. Dagegen befindet sich die Erdölindustrie in einer äußerst kritischen Lage. Gegenüber 1913 sank die Gewinnung des Erdöls 1927 um etwa ein Drittel, und zwar von 1,113 auf 0,722 Mill. To. Der gleiche Rückgang betraf auch alle Nebenprodukte des Erdöls.

Der Steinkohlenverbrauch im Lande selbst betrug etwa 24 Mill. To., so daß ein Ueberschuß von 14 Mill. To. verblieb, der im Ausland untergebracht werden mußte, was auch fast restlos mit Hilfe der Schleuderpreise gelang. Trotz dieser erheblichen Ueberproduktion behaupten nun die Grubenbesitzer, daß die Gruben erst dann rentabel werden könnten, wenn die Gesamtproduktion auf 45 Mill. To. gesteigert würde. Um das zu ermöglichen, soll eben die Regierung helfen. Sie soll vor allem für direkte Verbindung zur Ostsee sorgen und eine Güterbahn von Oberschlesien bis Gdingen, dem polnischen Hafen bei Zoppot, bauen. Diese Bahn, die 542 Kilometer lang ist und die jetzige Strecke um etwa 130 Kilometer verkürzt, soll bald mit einem Kostenaufwande von etwa 135 Millionen Mark in Angriff genommen werden.

Was die Grubenbesitzer vom Staat verlangen und schon im Ueberfluß erhalten haben, hat mit Bescheidenheit nicht das mindeste zu tun. Vorweg sei festgestellt, daß die Grubenbesitzer 1927 rund 15 Millionen Sloty an Reingewinn eingesackt haben. Das ist eine ganz nette Summe, die aber keineswegs im Lande verbleibt, sondern ins Ausland wandert, weil die Gruben meist ausländischen Kapitalisten — Franzosen und Belgiern — gehören. Weiterhin sei festgestellt, wie es die Kohlenherren verstehen, den Staat und damit das Volk auszuplündern.

Keiner Industrie hat der Staat soviel gewinnbringende Vorrechte eingeräumt, wie gerade der Kohlenindustrie. Betrug doch der Frachtnachlaß in einem einzigen Jahre, dem verflossenen, nicht weniger als 22 Mill. Sloty. Damit sind aber die Grubenbesitzer keineswegs zufrieden. Sie wollen mehr. Um vom Staat eine neue Kohlenpreiserhöhung zu erzwingen, sind sie dazu übergegangen, der Eisenbahn die Kohlenlieferung zu beschneiden, obwohl ihnen schon eine zweimalige Kohlenpreiserhöhung (1927 und 1928) um je 10 Prozent bewilligt wurde. Diese Sabotage hatte zur Folge, daß die Eisenbahn die Reserven (für den Kriegsfall) angreifen mußte. Die weitere Folge davon war, daß dem Eisenbahnpersonal das schon erdiente und bezahlte Kohlendeputat vorenthalten wurde; es ist in diesem kalten Winter nun zu frieren gezwungen. Obwohl der Kohlenüberschuß so erheblich ist, obwohl fast 2 Millionen Tonnen auf Halden lagern und obendrein annähernd 14000 Bergleute arbeitslos sind, herrscht im ganzen Lande, besonders in den Städten, ein empfindlicher Kohlenmangel, so daß Scharen von frierenden Menschen vor den Kohlenhandlungen Schlange stehen oder Brennmaterial wegen der unerschwinglichen Preise überhaupt entbehren müssen. Das kommt daher, daß die Ausfuhrkosten des Kohlendumpings dem inländischen Verbraucher aufgebürdet werden, der dann die kolossal übersetzten Preise nicht aufbringen kann. So herrlich wirkt sich die „nationale Politik" der Kohlenbarone aus — so wollen sie die Handelsbilanz ins Gleichgewicht bringen!

Die Profitjägerei spielt vor allen Dingen auf dem Boden der äußerst niedrigen Löhne, die nach der letzten amtlichen Statistik für Hauer in den Revieren Dombrowa und Krakau 8,06, in Oberschlesien 9,57 Sloty (nach unserem Gelde etwa 5 M.) betrugen. Während die Leistung sich fast verdoppelte, ist der Reallohn gesunken und beträgt etwa die Hälfte der deutschen Bergarbeiterlöhne. Da das Existenzminimum 10 Sloty pro Tag erfordert, kommen also die Bergarbeiter nicht mal in ihrer bestbezahlten Gruppe auf den berühmten grünen Zweig. Gegenwärtig wird zwar der Hauer das Existenzminimum überschritten haben, aber 65 Prozent der Gesamtbelegschaft erreichen ihn noch lange nicht. Zudem wird die gesetzliche Achtstundenschicht selten eingehalten. Im Revier Dombrowa z. B. dauert die Schicht auf allen Gruben 9 bis 12 Stunden. Für Ueberstunden und Feiertagsschichten werden die Zuschläge nicht bezahlt. Auf keiner einzigen Grube hängt die Arbeitsordnung aus. Das Strafwesen wird äußerst fleißig gehandhabt. Gestraft wird nicht bis zu einem Viertel des Schichtlohnes, wie das gesetzlich maximal zulässig ist, sondern nach Belieben höher. Lohnbücher sind nirgends eingeführt. Diese Uebelstände sieht die Bergbehörde nicht, sie schweigt wie eine verzauberte Mumie, so daß die Unternehmer ganz übermütig geworden sind. Da ist es auch kein Wunder, daß die Unfallziffer mit jedem Jahre steigt, und zwar von 12 639 (139 tödliche) in 1925 auf 13 283 (162 tödliche) in 1926 bei einer Gesamtbelegschaft von 97 223 Mann, während im 1. Vierteljahr 1927 schon 3595 (45 tödliche) Unfälle gezählt wurden.

Zu allen diesen Fragen nahm das Wort in Parlament und Presse auch der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Kamerad Stanczyk. Er sagt u. a.:

„Unsere Kohlen- und Erdölindustrie befindet sich seit einigen Jahren in einer schweren Krise. Erstere infolge Ueberproduktion auf dem Weltmarkt und niedrigen Verbrauchs im Inland, letztere infolge der geologischen Schwierigkeiten. Was nun die Kohle anbelangt, forciert die Regierung den Kohlenexport mit Rücksicht auf die passive Handelsbilanz, während die Kapitalisten dadurch unter dem Vorwand erlittener, übrigens unkontrollierbarer Exportverluste die inländischen Kohlenpreise hochtreiben und von der Regierung allerlei Erleichterungen ergattern wollen. Nach Deutschland, Oesterreich, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei könnte unsere Kohle infolge der kürzeren Entfernung nutzbringend verkauft werden, später, nach Gesundung der Verhältnisse, auch nach Litauen und Rußland. Die Märkte in Schweden, Norwegen und Italien werden wir früher oder später der deutschen und englischen Konkurrenz überlassen müssen. Die Ausfuhr nach Deutschland und der Tschechoslowakei hat für uns einen sehr fragwürdigen Wert. Beide Länder weisen selbst eine Ueberproduktion auf und wenn sie uns auch einige Kontingente zubilligen sollten, so würde es uns schwerlich gelingen, die Kohle dort mit Gewinn zu verkaufen. Unter diesen Verhältnissen sollten Regierung und Unternehmer dahin streben, auf leicht erreichbaren Märkten festen Fuß zu fassen und gleichzeitig den inländischen Verbrauch mit allen Mitteln zu fördern. Statt dessen versuchen die Unternehmer, entfernte Kohlenmärkte zu besetzen, auf denen uns England einen scharfen Konkurrenzkampf liefert: Italien, Schweden, Norwegen und Finnland. Auf diesen während des englischen Bergarbeiterstreiks eroberten Märkten setzten die englischen Grubenbesitzer nach Streikschluß ihre ganze Energie dafür ein, uns wieder hinauszudrängen. Das wird ihnen schon aus dem Grunde gelingen, weil die englische Seefahrt jene Länder leicht erreichen kann. Wenn wir sie trotzdem noch teilweise halten, so deshalb, weil wir unseren Dumping gegenüber der englischen Konkurrenz anwenden. Aber den Kampf mit dem englischen Konkurrenten können wir führen nur auf Kosten des Arbeitslohnes, nur durch Kohlenpreiserhöhungen, Steuer- und Frachterleichterungen.

Der Kohlenkampf zwischen Polen und England verschärft sich von Tag zu Tag. England produziert jährlich etwa 260 Mill. Tonnen, wovon es etwa 20 Prozent exportiert. Von diesem Export verkauft es nur 7 Prozent mit Verlust auf den Märkten, auf denen Polen und Deutschland mit England konkurrieren. Dagegen produziert Polen nur etwa 40 Mill. To., wovon 15 Mill. Tonnen oder 37 Prozent der Gesamtproduktion auf die Ausfuhr entfallen. Unsere Ausfuhr wird aber zu 40 Prozent mit Verlust abgesetzt. Schon diese wenigen Zahlen zeigen, daß Polen einen geradezu hoffnungslosen Konkurrenzkampf mit England führt. Während England seinen minimalen Exportverlust mit dem riesigen Eigenverbrauch nivellieren kann, werden unsere hohen Exportverluste dem verhältnismäßig niedrigen Verbrauch im Lande selbst aufgebürdet, wodurch die inländischen Kohlenpreise dermaßen steigen, daß sie eine allgemeine Teuerung der Fabrikwaren verursachen und so den inländischen Kohlenverbrauch in hohem Maße unterbinden. Daraus ist für unsere Regierung die einzige Folgerung zu ziehen: der für unser Land verlustreiche Kampf muß beendet werden, denn die kolossalen Verluste müssen notwendig eine Katastrophe zeitigen. Schon das Beispiel mit Italien gab uns eine eindringliche Lehre. Nach Italien exportierten wir die Kohle einige Jahre hindurch fast umsonst. Dafür erhielt Italien die Erlaubnis, nach Polen Apfelsinen auszuführen. Und doch mußten wir der englischen, zum Teil auch der deutschen Konkurrenz weichen.

In Erwägung, daß der Kohlenindustrie nur das eigene Land eine Existenz garantieren kann, müssen die Hindernisse beseitigt werden, die der Entwicklung des Kohlenbergbaues und des Kohlenverbrauchs noch entgegenstehen. Das größte Hindernis sind aber die hohen Kohlenpreise, die eben aus der verlustreichen Ausfuhr resultieren. Weiterhin liegt besonders die Organisation des Kleinverkaufs sehr im Rückstand. Ganze Landstriche behelfen sich mit Holzfeuerung, nicht nur die Kleinverbraucher, sondern auch Zuckerfabriken, Brennereien u. dgl. Statt hohe Transportkosten nach dem Auslande zu zahlen, muß die Fracht nach den abgelegenen Punkten des Inlandes verringert werden. Notwendig sind auch Kohlenniederlagen an Eisenbahn- und Schiffahrtstationen für den Kleinverkauf. Endlich muß die Kohlenwirtschaft einer strengen Kontrolle unterstellt werden, Volk und Staat müssen Produktion und Preise mitbestimmen. Die kostspielige Verwaltung muß bis zum Minimum eingeschränkt, die überflüssigen Direktoren, die fabelhafte Gehälter und Tantiemen beziehen, müssen radikal abgebaut werden. Nur dann kann Polens Kohlenwirtschaft gesunden." *V. K.*

Aus dem Saargebiet.

Jahreskonferenz der im Verband organisierten Sicherheitsmänner der Saargruben.

Am 10. Februar fand im „Volkshaus" Neunkirchen die Jahreskonferenz des Verbandes mit folgender Tagesordnung statt:

1. Rückblick auf die letzte Lohnbewegung. (Referent: Schwarz.)
2. Die Bedeutung der Tarifverträge. (Referent: Schmidt.)
3. Wahlen der Delegierten zur Revierkonferenz und der Mitglieder der Bezirkskommission.
4. Aussprache und Verschiedenes.

Im Bergbauindustriearbeiterverband sind 203 Sicherheitsmänner der Saargruben organisiert, welche fast restlos erschienen waren.

Kamerad Schwarz referierte über den Abschluß der letzten Lohnbewegung, indem er noch einmal den eigenartigen Abwehrkampf Revue passieren ließ. Die Sicherheitsmänner waren bei diesem Kampf die Träger, da sich derselbe im Betrieb durch Ablehnung der Gedinge und besonderer Einhaltung der bergpolizeilichen Bestimmungen abspielte. Alle Funktionäre haben ihre Pflicht erfüllt, so daß die Bewegung mit einem Erfolg abgeschlossen werden konnte. Die Grubenverwaltung hat in der Zeit vom 15. bis 23. Januar (dem Tag des Tarifabschlusses) den ihrer Meinung nach nicht genügend fördernden Kameradschaften einige Schichten reduziert. Eine Einigung mit der Verwaltung, die Reduzierungen nach Willkür der Beamten erfolgten, ohne die Gedinge derselben gescheitert. Die Kameradschaften müssen nach erfolgter Löhnung die Tarifausschüsse anrufen, da die Schichtreduzierungen nach Willkür der Beamten erfolgte, ohne die geleistete Arbeit der Kameradschaften zu berücksichtigen. Kamerad Schwarz erläuterte die Uebergangsbestimmungen, welche infolge der gesetzlichen Bestimmungen notwendig waren, und ersuchte, dahin zu wirken, daß alle Kameradschaften das Gedinge nur nach dem Tarifvertrag der Gewerkschaften in der Zeit vom 1. bis 8. Februar abschließen.

Kamerad Schmidt erläuterte in seinen einstündigen Ausführungen die Entstehung und Bedeutung der Tarifverträge, ausgehend von der Zeit, wo der Unternehmer allein Herr im Hause war, bis zur heutigen Entwicklung der Kollektivverträge, der Mitbestimmung der Arbeiter durch ihre Organisationen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die letzte Lohnbewegung war dadurch entstanden, daß man das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter durch einen tariflosen Zustand ausschalten wollte. Redner wies an Hand von Beispielen aus der Praxis auf den Wert der Tarifverträge hin, welche von den Betriebsfunktionären auf ihre Beachtung und Durchführung überwacht werden müssen, aber nur durch starke Gewerkschaften garantiert werden.

Die Wahl der Delegierten zur Revierkonferenz wurde ohne Schwierigkeiten erledigt. Als Mitglieder in die Bezirkskommission wurden die Kameraden Johann Schuster (Grube Dudweiler) und Ernst Becker (Grube Frankenholz) und als Ersatzleute Jak. Spieß (Grube Sulzbach) sowie Hans Bastian (Grube St. Ingbert) gewählt.

Die Aussprache, an welcher 16 Vertreter aller Inspektionen teilnahmen, war äußerst sachlich. Verurteilt wurde das Vorgehen der Verwaltung bei Streichung der Schichten und es wurde verlangt, daß die Organisation zur Beseitigung des Lohnausfalls beitragen möge. Beschwerden wurden erhoben, weil auf einigen Gruben die Abteilungen, besonders die der Verbandssicherheitsmänner, aufgelöst werden, um nach kurzer Zeit erneut unter einer anderen Nummer zu erstehen. Mit solcher Methode sucht die Verwaltung die Mahner loszuwerden. Auf Inspektion II ist es der bekannte Ingenieur Boileau, welcher die Sicherheitsmänner bei Stillegung der Schachtanlage Engelfangen auf die entlegene Schachtanlage Calmelet über Tage verlegte, um so seine Rache an den Arbeitervertretern auszuüben.

Die Taktik des letzten Lohnkampfes wurde allgemein anerkannt und der Wunsch ausgesprochen, die wirtschaftliche Entwicklung zur weiteren Erhöhung der Löhne seitens der Bezirksleitung scharf zu beachten. Mehrere Sicherheitsmänner verwahrten sich gegen die kommunistischen Streikparolen.

Mit großer Stimmenmehrheit wurde nachstehender

Entschließung

zugestimmt:

„Die am 10. Februar im Neunkirchener Volkshaus tagende Konferenz der Sicherheitsmänner des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saar) erkennt an, daß der Verband im Kampfe um den Tarifvertrag und die Regelung der Löhne die Interessen der gesamten Belegschaft gewahrt hat.

Die Konferenz betont, daß die Belegschaften, auch während der Zeit, wo kein Gedinge bestand, neben der Kohlenförderung die notwendige Strecken- und Nacharbeit verrichtet haben und somit auch Anspruch auf die vollen Schichten haben. Die Konferenz erwartet, daß die Grubenverwaltung die Klagen vor den Tarifausschüssen nach dem Prinzip des Rechts behandelt."

Für die Entschließung der Opposition, welche aus bestimmten Gründen stets das Gegenteil von dem will, was die Gewerkschaftsleitungen für richtig halten, stimmten ungefähr 30 von 200 Delegierten.

Interessant war noch, daß Kamerad Schmidt mit Zustimmung der Sicherheitsmänner von Grube Velsen feststellte, daß dem Arbeiterausschuß dieser Grube nichts von einer Aufforderung zum Streik bekannt war. Die kommunistischen Hazardeure wollten unter Mißbrauch des Arbeiterausschusses ihr politisches Süppchen am Feuer eines Streiks kochen.

Für Knappschaftspensionäre.

Die Saarregierung gewährt steuerliche Ratenzahlung an Knappschaftspensionäre, jedoch nicht die steuerliche Befreiung.

Bis zum 1. Januar 1926 war die Knappschaftspension frei, so daß dafür keine Einkommensteuer zu zahlen gewesen ist. Die Saarregierung, die herauszuholen versucht, was möglich ist, versuchte dann die Besteuerung der Knappschaftspensionen. Gegen diese Besteuerung wehrte sich unser Verband und versuchte alles, damit die Besteuerung unterbleiben sollte. Eingabe auf Eingabe wurde gemacht, jedoch leider ohne Erfolg. Auch im Ersatzparlament des Saargebiets, dem Landesrat, sind öfters Anträge auf steuerliche Befreiung der Knappschaftspensionen gestellt worden. Obwohl immer und immer wieder darauf hingewiesen worden ist, daß im Reich die Sozialrentner, wenn sie kein besonders hohes Nebeneinkommen besitzen, steuerfrei ausgehen, hat die Regierungskommission den Anträgen nicht entsprochen. Die Pensionen wurden zur Steuer herangezogen und die Pensionäre steuerlich sehr stark belastet. Die Regierungskommission glaubt nun, dieses Uebel mit der Gewährung von Ratenzahlungen beseitigen zu können. Zu diesem Zweck hat sie nun ein Rundschreiben an die

Finanzämter ergehen lassen, welches keinesfalls befriedigt und die große Härte, die entstanden ist, nicht beseitigt. Wir fordern erneut die **Befreiung der Knappschaftspensionen oder Erhöhung der Steuerfreigrenze auf den Satz, wie er im übrigen Deutschland nach § 50 des Einkommensteuergesetzes verankert ist.**

Das Rundschreiben lautet:

„Die Knappschaftspensionäre sind hinsichtlich des Bezuges der Knappschaftspensionen zwar erstmalig für 1926 einkommensteuerpflichtig geworden, nach mehrfachen Wahrnehmungen aber in der Mehrzahl erst von 1927 ab tatsächlich zur Veranlagung herangezogen worden. In diesen Fällen sind mit der Zustellung der Steuerbescheide für 1927 auf einmal fällig geworden: 1. die ganze Einkommensteuer 1927, 2. die bis dahin fälligen Vorschüsse 1928.

Eine solche Steuerhäufung bedeutet für die meisten Knappschaftspensionäre, wenn es sich auch nur um vorübergehende Erscheinung handelt, eine erhebliche einmalige Belastung, die eine Milderung durch Gewährung angemessener Ratenzahlungen angebracht erscheinen läßt. Infolgedessen sind den Knappschaftspensionären auf Antrag Zahlungserleichterungen in der Weise zu gewähren, daß:

1. die Einkommensteuer 1927, soweit sie noch nicht eingezahlt ist, in drei gleichen Raten zum 15. Februar, zum 15. März und zum 15. April 1929;
2. die Steuervorschüsse für 1928, soweit sie noch nicht eingezahlt sind, in drei gleichen Raten zum 15. Mai, zum 15. Juni und zum 15. Juli 1929;
3. die Steuervorschüsse für die drei ersten Vierteljahre 1929 in drei gleichen Raten zum 15. August, zum 15. September und zum 15. Oktober 1929

entrichtet werden können. Von einer Verzinsung der hiernach gestundeten Steuerbeträge ist abzusehen. Abdrücke zum Dienstgebrauche und zur Bekanntgabe an die Gemeindeverwaltungen liegen bei."

Nachzahlung auf die Rentenerhöhung beim Saar-Knappschaftsverein.

Der Saar-Knappschaftsverein zahlt am 1. März 1929 erstmalig an 4880 Invaliden die erhöhte Rente und die gesamte fällige Nachzahlung aus. Die Gewerkschaften drängen seit langem auf diese Auszahlung. Endlich ist jetzt ein Anfang damit gemacht worden. Die Berechtigten erhalten nun die ihnen längst zustehenden Beträge zum Teil ausgezahlt. Für manchen gibt es eine ansehnliche Nachzahlung, die in sehr vielen Fällen sogar an 2000 und mehr Frank heranreicht. Je höher die Dienstzeit ist und je mehr Kindergeldzuschüsse gewährt werden, desto höher ist auch die Nachzahlung. Leider erhalten nicht alle eine ansehnliche Nachzahlung, da sie keine Kinderzuschüsse und auch nur ganz kurze Dienstzeit zurückgelegt haben. Man rechnet damit, daß am 1. April 1929 weitere 4000 Invaliden die neue Rente und die fällige Nachzahlung erhalten. Es ist nun dringend notwendig, daß diejenigen, welche noch nicht ihre Nachzahlung bekommen, nicht nervös werden. Es ist klar, daß jeder gerne auch seine ihm zustehenden Beträge erhalten würde, aber was leider nicht zu machen ist, kann man nicht ändern. Die Verbandsvertreter im Saar-Knappschaftsverein haben alles versucht, daß die Sache beschleunigt wird. Die Schwierigkeiten waren leider sehr groß. Die Umrechnung der Renten ist auch besonders schwierig. Die außerhalb des Saargebiets Wohnenden erhalten ihre neue Rente und auch die Nachzahlung von der zuständigen Landesversicherungsanstalt ihres Heimatortes. Nach der sogenannten Heidelberger Abrede werden dieselben nicht mehr von der Saaranstalt betreut. Auf Grund dessen wird die Nachzahlung bei den Invaliden etwas längere Zeit in Anspruch nehmen. Dasselbe ist bei denjenigen der Fall, wo die Invalidität die Folge eines erlittenen Unfalles ist. Bei denen wird die Umrechnung auch zuletzt vorgenommen, weil dabei die Ruhenszeitvorschriften in Anwendung zu bringen sind. Allgemein rechnet man damit, daß bis zum 1. Juni 1929 alle Renten umgerechnet und ausgezahlt sein werden.

Die Rentenempfänger erhalten über ihre neuen Renten und die Nachzahlung einen einfachen Bescheid, worauf nur vermerkt sein wird, wie hoch sich die neue Rente stellt und welche Nachzahlung sie zu beanspruchen haben. Sie erhalten also keinen neuen Rentenbescheid. Dabei weisen wir darauf hin, daß die Berechnung der Rente jedesmal von einem Revisor nachkontrolliert wird. Wir glauben darauf hinweisen zu sollen, weil schon ein großer Teil der Invaliden die Nachrechnung ihrer Bezüge auf dem Verbandsbureau sowie beim Vertrauensmann des Verbandes, dem Kameraden Hoffmann, beantragt hat. Eine Nachrechnung der Bezüge kann auf dem Verbandsbureau selbst nicht vorgenommen werden, weil dort der Aktenvorgang nicht vorhanden ist, so daß man sich auf die Berechnung der Knappschaftsverwaltung verlassen muß und auch kann, da sie ja immer von zwei Beamten vorgenommen und kontrolliert wird.

Die außerhalb des Saargebiets wohnenden Mitglieder des Saar-Knappschaftsvereins werden in allen Rentenangelegenheiten jetzt von der zuständigen Landesversicherungsanstalt des Reiches betreut. Wenn die Kameraden also neue Rentenanträge einreichen, dann gehen dieselben nicht mehr durch den Knappschaftsältesten an den Saar-Knappschaftsverein, sondern durch das Bürgermeisteramt oder das zuständige Versicherungsamt an die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz oder Pfalz. Dies geschieht, auch wenn sie nicht bei diesen Anstalten keinen Beitrag gezahlt haben. Dies wird allen, die außerhalb des Saargebiets wohnen, zur Beachtung empfohlen.

Besondere Beamtenqualität auf den Saargruben.

Im Saarbergbau hat die französische Verwaltung heute ein Beamtengemisch nach allen möglichen Gesichtspunkten, nur nicht nach der Qualifizierung, geschaffen. Ein besonderes Kapitel ist die Grube Calmelet, zur Inspektion II gehörend. Dieselbe wird als eine Strafkolonie bezeichnet. Der leitende Ingenieur ist der frühere preußische Bergassessor Rosenbeck, welcher als einziger Akademiker von der französischen Grubenverwaltung behalten wurde. Die Ursache soll darin liegen, daß Herr Rosenbeck eine Französin zur Frau hat. Der ehemalige preußische Assessor und heutige Ingenieur-Divisionair ist einer der Beamten, über welchen die Arbeiter am meisten klagen. Ihm gleichwertig steht ein Obersteiger Dietzler zur Seite, über welchen die Klagen nicht verstummen. Mancher Arbeiter hat beiden infolge geringer Versehen seine Entlassung zu verdanken.

Neben den Beamten deutscher, französischer und polnischer Nationalität hat sich diese Ausbeutungskolonie auch noch einen Russen verschrieben. Ob derselbe ein Bolschewist oder Weißgardist ist, konnten wir noch nicht feststellen. Nach seinen Umgangsformen zu urteilen, scheint er Bolschewist zu sein, da er nach den Methoden der Diktatur seinem Mitarbeiter, dem Maschinensteiger Wenneisen, welcher die Befehle Seiner Russischen Gnaden nicht befolgen wollte, in der Weise das Gesicht „polierte", daß der Steiger die Tätigkeit des Heilgehilfen in Anspruch nehmen mußte. Das geflasterte Gesicht des Maschinensteigers legt Zeugnis von der Qualifikation des Herrn Russen als Beamter der Saargruben ab.

Die Bergarbeiter der Grube Calmelet handeln in ihrem Interesse, wenn sie sich restlos im Verband der Bergbauindustriearbeiter organisieren, um die Bäume des preußisch-französisch-polnisch-russischen Beamtentums nicht so hoch wachsen zu lassen!

Neue Richtlinien über die Prüfung der Bedürftigkeit in der Erwerbslosenfürsorge.

Im Reich haben wir seit dem 1. Oktober 1927 die Arbeitslosenversicherung im Gegensatz zur Erwerbslosenfürsorge, die im Saargebiet immer noch Gültigkeit hat. Der Unterschied bzw. Vorteil liegt darin, daß bei der Arbeitslosenversicherung ein gesetzlicher Anspruch auf Erfüllung der Leistungen unter gewissen Voraussetzungen (Beitragszahlung, Erfüllung der Wartezeit, Arbeitsfähigkeit usw.) besteht, ohne Rücksichtnahme auf Einkommen, wogegen bei der Erwerbslosenfürsorge die Kannbestimmung maßgebend ist, das heißt der Arbeitslose im Saargebiet kann nur in den Genuß der Leistungssätze der Erwerbslosenfürsorge kommen, wenn die festgesetzten Ausschlußsätze (Bedürftigkeitsgrenze) nicht überschritten werden. In der Verordnung vom 13. November 1918, die also heute im Saargebiet Gültigkeit hat, heißt es, daß ein Antrag bezüglich der Zuständigkeit, Bedürftigkeit usw., geprüft werde.

Nach § 2 der Verordnung erhalten nur die Personen Erwerbslosenunterstützung, die

1. arbeitsfähig (Invalidenrentenbezieher und entsprechend Kriegsbeschädigte ausgenommen),
2. über 14 Jahre alt,
3. einer Unterstützung bedürftig sind (was nach Lage ihrer gesamten Einkommens- und Vermögensverhältnisse einschließlich derjenigen ihrer im Haushalt befindlichen Familienangehörigen zu beurteilen ist),
4. ohne Verschulden (unbegründete Arbeitsniederlegung) erwerbslos geworden sind, kurzarbeiten und arbeitswillig sind.

Kleiner Besitz (Spargroschen, Wohnungseinrichtungen) sollen bei der Beurteilung der Bedürftigkeit ausscheiden.

Wiederholt wurden die Ausschlußsätze erhöht. Ab 1. Februar 1929 hat die Regierungskommission, Abteilung Arbeitsamt, die Sätze erhöht. Diese betragen (in Frank) für

	Ab 1.2.29	bisher
Personen mit eigenem Hausstand:		
1. Haushaltungsvorstand	400	400
2. Ehegatte	300	200
3. Kind oder unterstützungsberechtigte Person über 21 Jahren, ohne Berufseinkommen	200	150
mit eigenem Berufseinkommen	300	150
4. Kind oder unterstützungsberechtigte Person unter 21 Jahren, über 14 Jahren ohne Berufseinkommen	150	150
mit eigenem Berufseinkommen	200	150
5. Kind oder unterstützungsberechtigte Person unter 14 Jahren	100	100
Alleinstehende Personen:		
a) über 21 Jahren	500	450
b) unter 21 Jahren	450	400

Die jetzt geltenden Ausschlußsätze treten mit dem gleichen Tage außer Kraft. Uebersteigen die dem Erwerbslosen verbleibenden Einnahmen einschließlich seiner Familienangehörigen unter Hinzurechnung der Erwerbslosenunterstützung die vorgenannten Ausschlußsätze, so wird der übersteigende Betrag auf die Erwerbslosenunterstützung in Anrechnung gebracht.

Die verbleibenden Einnahmen und die Bezüge aus der Erwerbslosenfürsorge dürfen zusammen die Ausschlußsätze nicht übersteigen. Nach dem Wortlaut der Verordnung dürfen nicht in Anrechnung gebracht werden: 1. Unterstützungen, die der Erwerbslose eventuell von seiner Organisation bezieht; 2. Bezüge aus Wochenhilfe und Wochenfürsorge; 3. Zusatzrenten der Schwerkriegsbeschädigten.

Zur näheren Kenntnis einige Beispiele aus der Praxis:

Erster Fall: Eine Familie mit Ehepaar, vier erwachsenen Kindern. Ein Sohn 22, eine Tochter 20, eine Tochter 18, ein Sohn 15 Jahre alt. Vater arbeitslos, Mutter ohne Einkommen. 1. Sohn 800 Fr., 1. Tochter 360 Fr., 2. Tochter keinen Verdienst, 2. Sohn 250 Fr. Gesamteinkommen der Familie: 1400 Fr. Die zulässigen Einkommensätze betragen: Ehemann 400 Fr., Ehefrau 300 Fr., ein Kind 300 Fr., zwei Kinder je 200 Fr. = 400 Fr., ein Kind 150 Fr., zusammen: 1550 Fr. — Der Vater kann demnach 150 Fr. Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Zweiter Fall: Familie mit Ehepaar, fünf erwachsenen Kindern. Ein Sohn 26, ein Sohn 24, eine Tochter 21, ein Sohn 19, eine Tochter 17 Jahre alt. Vater verdient 1000 Fr., Mutter ohne Einkommen, 1. Sohn arbeitslos, 2. Sohn 800 Fr., 1. Tochter arbeitslos, 3. Sohn 400 Fr., 2. Tochter 150 Fr. Gesamteinkommen: 2350 Fr. Die zulässigen Einkommensätze betragen: Ehemann 400 Fr., Ehefrau 300 Fr., 1. Sohn 200 Fr., 2. Sohn 300 Fr., 1. Tochter 200 Fr., zwei Kinder je 200 Fr. = 400 Fr., zusammen: 1600 Fr. Sohn und Tochter können keine Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Nun den Fall gesetzt, der zweite Sohn, der monatlich 800 Fr. verdient, verläßt aus irgend einem Grunde die Familie. Das Einkommen der Familie vermindert sich somit um 800 Fr. auf 1550 Fr. Die beiden Arbeitslosen können jetzt zusammen eine Unterstützung von 50 Fr. monatlich beziehen.

Unsere Toten

Zahlstelle Somborn. Wieder riß der Tod einen alten Kämpfer aus unserer Mitte. Am 17. Februar verschied unser langjähriges Mitglied Heinrich Schwarze im Alter von 59 Jahren. Der Verstorbene gehörte seit 1909 dem Verbande an und stand bis zu seinem Tode stets in den vordersten Reihen, wenn es galt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Der SPD. gehörte Kamerad Schwarze seit dem Jahre 1903 an. Auch als Parteifunktionär war er unermüdlich tätig. 1919 zum Gemeindevorsteher gewählt, leitete er bis zu seinem Tode in vorbildlicher Weise die Gemeindegeschäfte. Verband und Sozialdemokratische Partei verlieren in ihm ein treues Mitglied, einen nimmermüden Kämpfer. Wir werden seiner stets ehrend gedenken!

Zahlstelle Zschipkau. Unser Mitglied und guter Kamerad Ludwig Koletzko ist am 10. Februar infolge eines schweren Magenleidens verschieden. Als Mitbegründer unserer Zahlstelle bleibt uns der Kamerad in treuem Gedenken. Trotz aller Anfechtung der Gegenseite hielt er an seinem Standpunkt fest, so daß es auch nach dem Kriege gelang, durch seine Mithilfe unsere Organisation zum Aufblühen zu bringen. Wir werden seiner stets ehrend gedenken!

Verbandsnachrichten

Achtung! Betrifft Telephonverkehr mit der Ruhrbezirksleitung!

Unsere Geschäftsstellen und Ortsverwaltungen sowie alle diejenigen, die in telephonischem Verkehr mit der Ruhrbezirksleitung stehen, machen wir darauf aufmerksam, daß in der Nacht vom 23. zum 24. Februar die Inbetriebnahme des Selbstanschlußamtes beim Telegraphenamt in Bochum erfolgte. Die Ruhrbezirksleitung ist vom 24. Februar 1929 ab nur noch unter der Sammelnummer **65 141** zu erreichen. Wir bitten alle, die es angeht, dieses zu beachten.

Die Ruhrbezirksleitung.

Wir erinnern unsere Vertrauensleute an ihre Pflicht, die ihnen von der Bezirksleitung zugesandten Berichtskarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Monatsschluß ausgefüllt an unsere Zentrale einzusenden.

Ausgeschlossen aus dem Verbande wird wegen Verstoß gegen den Gießener Beschluß und gegen das Statut Franz Schmidthammer (H.-Nr. 315 016), Zahlstelle Altenessen.

Ammendorf. Jeden Sonntag nach dem 15., nachmittags 3 Uhr, Monatsversammlung bei Döring, Osendorf.

Auszahlung von Unterstützungen.

Ammendorf. Jeden Sonnabend von 10 bis 11 Uhr vormittags Auszahlung von Unterstützung.

Mansfeld Stadt. Jeden letzten Sonntag im Monat wird beim Vertrauensmann Bernhard Kühn, Ilsenstr. 4, Krankengeld ausgezahlt. Mitgliedsbuch und Krankenausweis sind mitzubringen.

Der Verband

ist Deine Stütze, Dein Halt! Eine starke Organisation nur kann Dir erträgliche Lebensbedingungen erkämpfen. — Doch ohne Opfer kein Erfolg! — Zahle pünktlich Deinen Beitrag für

die 9. Woche

24. Februar bis 2. März 1929

Wer klug ist kauft bei Uhren-Müller!
Reklamepreis nur 4 Mark
kostet echte deutsche Herren-Anker-Uhr Nr. 52, stark vernickelt.
ca. 30stünd. Werk, genau reguliert nur 4,00 M.
Nr. 51 dies. echt nersilb. m. Goldr. u. Schaum. 5,00
Nr. 55 dieselbe mit besserem Werk 6,50
Nr. 56 dieselbe kleines Format 9,00
Nr. 57 dieselbe Neusilber m. Goldrand 12,00
Nr. 58 mit Springdeckel, ganz vergoldet 12,00
Echt silb. Herren-Uhren, Ia. Schweizer Werk, 10 oder 15 Steine nur 20—30,00
Nr. 89 Damenuhr, versilb. m. Goldr. nur 7,50
Nr. 79 dieselbe, kleines Format 10,00
Nr. 81 dieselbe echt Silber, 10 Steine 16,00
Panzerkette, vernick. 0,50, echt versilb. 1,50
echt vergoldet 2,00, Goldbandkette 5,00
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemen 8,00
Nr. 44 dies., kl. Form., mit bess. Werk 12,00
Wecker, Ia. Messingwerk 3,50
Rechts leuchtend nur 0,60 Mk. mehr 1 Jahre Garantie für jede Uhr.
Von den Uhren verkaufe jährlich ca. 10 000 Stück.
Unsere Leser erhalten 1,— Mk. Nachlaß an 1 Kapsel gratis bei Einsendung dies. Inserats und Bestellung einer Uhr zu Mk. 6,50 und mehr.
Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175 Friedrich-Franzstr. 14.

Holsteiner Dauerwurst
fein. Cervelatwurst, Salami-, Schinken- und Rotwurst. Landrauch. 5 Pfund M. 8,30 9 Pfund M. 13,50 frei dort. Nachn. Preisl. fr.
W. Peter Pape, Hamburg 4/W 9.

Händler
Strickwolle 100 g. 0.69
Kragenkn. 12 Dtz. 1.10
Schuhriem. 100 P. 2.80
Briefpapier 50 Bog. u. Kuv. 0.48
Leinenzwirn 48 Röllchen 1.95
M. Falsen, München B 70 Zweibrückenstr. 4
Preisliste gratis!

Gummiwaren u. hygienisch-sanitäre Artikel. Preisliste nur bei Artikel-Angabe gratis.
Sanitas-Versand Hattersheim bei Frankfurt a. M. 31.

Musikinstrumente
H. M. Glaß-Moeller, Klingenthal-Sa. 56.

Was ist Togal?
Togal-Tabletten sind ein hervorragend bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!
Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Lt. notarieller Bestätigung anerkennen über 5000 Aerzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Mark 1.40.
0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Ac. acet. sal. ad 100 Amyl.

Durch Kontrolle eines vereid. Chemikers ist die Echtheit meines Bienen-Blüten-Honigs garant.
10-Pfund-Dose 3,20 Mk. Klee-Rindenblüte 11,30 Mk., halbe Dose 5,20 und 3,70 Mk., 1½ Pfd.-D. 1,80 und 2,80 Mk. bei Nachnahme 30 Pfg. mehr. — Garantie Rückwahme. —
Krieger, Honig-Versand Rietberg 20 (Westfalen)

21fachen Ernte-Ertrag!

Aus Andernach am Rh. wurde am 20. 8. 1928 gemeldet: „Ich mache Stauden mit 34—36 Knollen aus, dabei sind Kartoffeln von über 1 Pfund. Trotz der großen Hitze bekam ich von ½ Zentn. Saat 10½ Zentn. Ertrag." gez. Th. Sauerbrey. — Damit auch Sie sich von der enormen Ertragsfähigkeit meiner Saatkartoffeln überzeugen können, habe ich die Preise stark herabgesetzt und liefere solange Vorrat reicht:
Goldball, früh | Oktrus, mittelspät | Preußen, spät
Johannsen, früh | Edeltraut, mittelspät | krebsfest
1 Ztr. 8,50, ½ Ztr. 4,50, ¼ Ztr. 2,30, 10 Pfd. 1,00 Mk.
Sämtliche Sorten sind gelbfleischig, vorzüglich im Wohlgeschmack, von der Landwirtschaftskammer anerkannt und i. Originalsäcken. Ferner empfehle ich Garten- und Feldsamen in garantiert bester Qualitätsware zu niedrigen Preisen. Kataloge auf Wunsch kostenlos. Vertreter werden noch eingestellt. Näheres auf Anfrage. Bestellen Sie bitte sofort, ich bin jedes Jahr vollkommen ausverkauft und kann nur liefern solange die Vorräte reichen.
W. Cattenfeld, Saatzuchten, Quedlinburg.

Stoffe
für Herren- und Damenbekleidung, Weiß- u. Baumwollwaren stets das Neueste in prachtvoll. Auswahl. Durch direkten Bezug grosse Ersparnisse. Muster kostenlos und ohne Kaufzwang.
Tuch-Wimpfheimer Augsburg 157.

Feinstes Tafel-Pflaumenmus
wohlschmeckend und gesund, garantiert rein m. Zucker eingekocht.
10-Pfd.-Eimer, Postf. 3,75
25 „ „ Bahnf. 8,50
Fässer, 35—140 Pfd. à Pfd. 0,34
Bierstuhlmarmelade, feinste Qual., 10-Pfd.-Eimer 5,50
ff. Rübensaft, beste Qual., 10-Pfd.-Dose 3,15
Preis ab hier geg. Nachn.
Heinr. Eckstein Konservenfabrik Neudeburg/R. 117

Fahrräder Borussia
Das technische Wunder der berühmtesten Fahrrad-Fabrik d. Welt!
10 Jahre Garantie 12 Monatsr.
Katalog gratis. Viele 1000 zufriedene Kunden.
Erstkl. Vertreter gesucht.
H. W. Müller, Elberfeld 119 Gelpenberstraße 10

Polster-Stahl-Matratzen Chaiselongues
Metall- und Holzbetten, Schlafzimmer an Private. Ratenzahlung. — Katalog 755 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Hygien., sowie Gummiwaren und sanit. Artikel billigst. Preisliste gratis.
O. Graumann, Hamburg 20 b, Siemssenstr. 6.

Honig billiger!
10-Pfd.-Postdose, garant. natur., echt goldgelb. Bienen-Blüten-Schleuder-Honig Mk. 8,20. — Porto extra. Bestellen Sie sofort. Honigzentrale Nordwest, Pinneberg 28 (Holst.) (Viele lob. Anerk. Ger. Zeugn.)

Inseriere! Du gewinnst

Bekanntmachung.

Der Verwaltungsrat der „Eintracht" Siedlungs-Gesellschaft m. b. H., Welzow (Niederlausitz), setzt sich am heutigen Tage aus folgenden ordentlichen Mitgliedern zusammen:

I. Arbeitgeber-Vertreter:

1. Oberingenieur Otto Heßler, Welzow N.-L.
2. Direktor Walter Killmann, Werminghoff O.-L.
3. Direktor Conrad Adamy, Zeißholz, Post Bernsdorf O.-L.
4. Kaufmann Bruno Wust, Haidemühl N.-L.
5. Direktor Wilhelm Lotz, Domsdorf bei Beuterfitz N.-L.
6. Direktor Johannes Trauthwein, Grube Henriette N.-L.
7. Prokurist Werner Kramm, Welzow N.-L.

II. Arbeitnehmer-Vertreter:

1. Bergmann Hugo Schreiber, Zeißholz, Post Bernsdorf O.-L.
2. Bergmann Hermann Kammsetzer, Haidemühl N.-L.
3. Zuschläger Otto Storeng, Bluno O.-L.
4. Bohrmeister Hermann Wirth, Welzow N.-L.
5. Aufseher Hermann Wiedner, Zeißholz, Post Bernsdorf O.-L.
6. Tischler Otto Lehmann, Domsdorf bei Beuterfitz N.-L.
7. Buchhalter Johannes Weiß, Zeißholz, Post Bernsdorf O.-L.
8. Erster Lohnbuchhalter Paul Jakubaschk, Werminghoff O.-L.

Welzow N.-L., den 14. Februar 1929.

„Eintracht" Siedlungs-Gesellschaft m. b. H. Benz. Krug.

Nach alter Frühstückssitte durfte beim Morgenkaffee unserer Großeltern niemals die Schale mit Pflaumenmus fehlen. Sie schätzten seinen Wohlgeschmack und sein Aroma, mehr noch die Bekömmlichkeit und erfrischende Wirkung, die schon am frühen Morgen die Stimmung des Tages wohltuend beeinflußt. Auch heute noch erfreut sich das Pflaumenmus in weitesten Kreisen immer großer Beliebtheit. Jeder weiß, daß durch moderne maschinelle Herstellung, ohne Berührung von Menschenhand, seine Reinheit und Appetitlichkeit unbedingt gewährleistet ist. Besonderen Ruf hat das Magdeburger Pflaumenmus, das zu wirklich billigen Preisen von der bekannten Firma Pflaumenmusfabrik **Märtens & Co., Magdeburg N.**, bezogen werden kann. Jeder, der frischen, gesunden Brotaufstrich liebt, sei auf die Anzeige dieser Firma in vorliegender Nummer hingewiesen.

Ein wunderbarer chemischer Apparat ist der Organismus der Pflanze. Er vollbringt die erstaunliche Leistung, aus demselben Quadratmeter Boden die stärksten Gifte, die feinsten Früchte und Düfte und die köstlichsten Heilkräfte herauszuziehen. Ohne Pflanzenleben gäbe es überhaupt kein Tierleben auf Erden, denn das Tier kann seine Nahrung nicht direkt aus dem Mineralreiche entnehmen, sondern nur die Pflanze kann das. Deshalb sind auch rohe, d. h. direkt aus Mineralien gewonnene Heilstoffe im menschlichen Körper viel weniger wirksam, als wenn sie zunächst durch den Organismus der Pflanze vorpräpariert und in eine Form gebracht worden sind, in der sie leicht aufgenommen werden können. Kieselsäure z. B. ist im mineralischen Zustande vollständig unverdaulich, Tee aus kieselsäurehaltigen Pflanzen ist, wie die Wissenschaft festgestellt hat, ein probates Mittel bei Tuberkulose, Furunkeln und Geschwüren. Außerdem erzeugen viele Pflanzen ätherische Oele und Alkaloide, die reizende oder beruhigende Wirkungen auf den ganzen Organismus oder auf bestimmte Teile, z. B. auf Herz, Nieren, Leber, Nerven, Drüsen usw., ausüben. Ein bekannter Fachmann auf dem Gebiete der Kräuterkunde, Apotheker A. Kerndl, dessen Vorfahren sich schon durch Generationen mit der Erforschung der Wirkung von Heilkräutern beschäftigten, hat einen Tee gegen Rheuma-Gicht zusammengestellt, der sich in vielen tausenden Fällen bestens bewährt hat. Näheres darüber enthält die Anzeige in der heutigen Nummer.

Wir verweisen auf das Inserat im Anzeigenteil, in dem die Homophon-Compagnie G. m. b. H., Berlin SW 68, Alexandrinenstraße 108, auf Homocord-Electro-Schallplatten „Die Internationale" ankündigt.

Das gedruckte Wort

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum gib Deine gelesene Zeitung weiter an unorganisierte und indifferente Kameraden. Die Zeitung ist ein gutes Werbemittel für den Verband.

PRIEMKENNER FINDEN DEN GEG Kautabak im Geschmack würziger als jede andere Marke. Jeder Genossenschafter priemt daher nur den billigen GEG-KAUTABAK AUS DEM KONSUMVEREIN

Musikwaren aller Art, billig und gut! Zehntaus. Nachbestellung. sind d. beste Beweis

Weil & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 687 Gr. Katalog m. üb. 600 Abb. Viele Taus. Dankschr. Auftr. v. M 10.- an portofr. Schallpl. v. M 1.60 an.

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gut füllende Sorten.

1 Kilo graue geschlissene, Gm. 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.— Gm. Ungeschlissene Rupfdedern Gm. 7.50, bessere Gm. 9.50, beste Sorte 11 Gm.

Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet

Benedikt Sachsel, Lobes 209 bei Bilsen in Böhmen.

BÜCHER aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorteilhaft durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum.

Ihr Geld reicht länger, wenn Sie gleich heute meinen großen Katalog bestellen! Bevor Sie wo anders kaufen! Sie werden es nicht bereuen! Er kostet nichts! Preise märchenhaft billig! Niedrig, wie bei jedem Ausverkauf! 100000 Kunden in Deutschland! M. Grossmann, München 50/58 Weltaus größtes und billigstes Versandhaus in München.

mindestens 209 M. monatl. bringt Ihnen die Fabrikation v. Strickwaren. Zuhause und ohne Vorkenntnisse üben. Sie Strümpfe aller Art u. verschied. gestrickte Kleidungsstücke auf der Universal-Schnell-Strickmaschine

REKORD

selbst herstellen. Die fertige Ware findet überall glänzenden Absatz. Auch wir selbst kaufen sie zu guten Preisen. — Ausführl. Gratisprosp. versendet die Firma Richard Strickmaschinen Ratibor 5

An die Firma Rekord-Strickmaschinen Ratibor 5

Senden Sie mir unverbindlich Ihren Gratisprospekt!

Genaue Adresse!

10 Rosen 4 Mark!

Ihr Garten gewinnt durch Anpflanzung unserer Rosen. Wir liefern nur kräftige Pflanzen

Buschrosen: 10 Stück in 10 Sorten RMk. 4.—, 25 Stück in 10 Sorten RMk. 9.—, 25 Stück in 25 Sorten RMk. 10.—
Kletterrosen in verschiedenen Sorten: 1 Stück RMk. 0.60, 10 Stück RMk. 5.40
Hochstammrosen i. v. S., 75-100 cm Kronenhöhe 1 St. RMk. 1.75 10 St. RMk. 16.—, 100-140 cm 1 St. RMk. 2.—, 10 St. RMk. 18.—
Trauerrosen 160-200 cm: 1 St. RMk. 4.—, 10 St. RMk. 36.—
Balkon- und Topfrosen: 1 Stück RMk. 0.60, 10 Stück RMk. 5.40
Jede Pflanze wird pflanzfertig mit Namen- und Farbenbezeichnung geliefert. Versand nur gegen Nachnahme. Garantie für gute Ankunft. Beste Pflanzzeit. Je früher, desto besser! Illustrierter Hauptkatalog über Rosen, Obstbäume, Johannisbeeren usw. mit Kulturanweisungen gratis.

F. Paulsen G. m. b. H., Baumschulen Elmshorn, Königstrasse 65

Das amerikanische Sporthemd Jonny aus fleusch. olivgrün. Hemdenstoff Prima Qualität 6,50 Mk. Kragengröße angeben. Vers. p. N. Cowboyhüte extra breit 9,75 Mk. F. B. Marcus, Frankfurt/Od. 8 Fürstenwalder Straße 12.

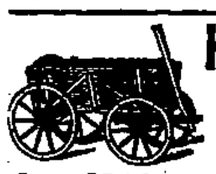
Echte Harzer von 8, 10, 12, 15, 20 u. 25 M. Weibch. 2 M. per Nachn. Fr. Krietsch, Apolda 8

Bergarbeiter-Verbandsabzeichen sind je nach der Größe zum Preise von 50 und 75 Pfennig durch unsere Ortsverwaltungen von der Geschäftsstelle oder Bezirksleitung zu beziehen

Ansichtskarten! Billig!

50	Blumenkarten M.	0,90
50	Köpfekarten „	0,90
50	fort. Künstlerk. „	0,90
50	Geburtstagsk. „	1.—
50	Kunstkarten „	1.—
50	Landschaftsk. „	1.20
50	ff. Witzkarten „	1.50
50	Osterkarten „	1.—
50	Pfingstkarten „	1.—
50	Musterk. u. Kat. „	1.15

Hans Tannen, Gronau 73, Westfalen.



Kastenwagen 100 cm lang, 4—5 Zentner Tragkraft 25 Mark franko. Jos. Abel, Borsch-Gelsa (Thür.)

Grippe! Auch bei hartnäckigsten Grippeanfällen, Influenza, Lungenleiden, Bronchialkatarrh u. a. Erkältungskrankheiten wird „Tuberoxtin" seit Jahren mit überraschenden Erfolgen angewandt. — Ein Versuch wird Sie von der Güte dieses Präparates überzeugen! Fragen Sie Ihren Arzt. Zu beziehen durch die Apotheken, wo nicht erhältl. dch. Generaldepot: Engel-Apotheke, Leipzig, Markt 12. (Postk. genügt)

Käse am billigsten und besten direkt ab Fabrik. Rücknahme wenn nicht gefällt

9 Pfd. Holl. Art	3.60
9 Pfd. Tafelkäse	5.75
9 Pfd. Tilsit. Art	4.70
9 Pfd. Edam. Art	4.80
9 Pfd. Holl.-Blok halbfett	6.90

Nachnahme, Porto u. Verp. 1.— Mk. extra. Carl Wacker, Käsefabrik Altona-Bahrenf. 105

Neuer großer Fang! Preisermäßigung! Ab Ostsee direkt an Private! Franko ca. 100 neue Delikateß Salz Heringe wirkliche Fett-Heringe 5.50 Mk., 225 Stk. 12.90 Mk., 300 Stk. 16.00 Mk., 40 Rollmops, 40 Delikateß- oder Bismarckheringe 5.00 Mk. Degener's Ostseefischerei, Import und Export, Swinemünde 10 (Ostsee)

Bettnässen Befreiung sofort. Ausk. umsonst. Alter u. Geschl. angeb. Dr. med. Hausmann & Co., Velburg 53 (Bayern).

Gesicherte Existenz durch Anschaffung einer Motor-Bandsäge zum Brennholzschneid. Eine derart. Maschine billig und zu günstigen Bedingungen abzugeb. Schlaaz & Rossmann, Kassel 19

Käse billiger direkt ab Fabrik

Holst. Tafelkäse (Brodform)	9 Pfd.	M 3.60
Tilsiter Art (gelbe Rinde)	9 Pfd.	„ 4.80
Edamer Art (rot gewachst)	9 Pfd.	„ 4.80
Tilsiter Art (halbfett)	9 Pfd.	„ 6.00

Ganz, schnittfeste Ware, hergestellt im Schmelzverfahren. Nachn. Porto u. Verpack. 1 M. extra

O. Damke, Käsefabr. Hamburg 39 B 56

Echte Harzer von 8 Mark an, Vorsänger, Zuchtg. Käfige, Futter. Musik. Preisl. frei. Groß. Heydenreich, Bd. Suderode 15 Harz

Billig und gut erhalten Sie alle Musikinstrumente, Sprechmaschinen, Harmonikas, Violinen von M. 5.— an, Mandolinen von M. 7.— an, Zithern a. M. 12.— an, Harmonikas von M. 5.— an, Sprechmaschinen, von M. 20.— an, 3 Jahre Garantie. Schallplatten von M. 1.— an. Langjährige Erfahrungen. 1000e Dankschreiben! Verl. Umtausch gestattet, daher kein Risiko. Katal. gratis. Alleinige Herstellung der ges. gesch. Sprechmaschine mit Celluloid-Schneckenkorb, Patent „Ansicht". Ernst Hans Nachf., Klingenthal Sa. 479. Stammhaus gegründet 1872.

Laubsägen WERKZEUGE-MODE-VORLAGEN J. BRENDEL-NÜRNBERG 26 PF.

10000 Dankschreiben über Bettfedern

Otto Hue:

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. 2 Bände (Halbleinen). Vorzugspreis 8 M.

Bestellungen sind zu richten an B. Barsmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42.

Müssen Sie oft Briefe schreiben? Beileids-, Glückwunsch-, Bitt-, Rund-, Bewerbungs-, Offert- und Mahnschreiben, Gesuche an Behörden und Gerichte. Benutzen Sie unseren großen Allgemeinen Briefsteller. 300 Seiten stark. Eine ungemein praktische Hilfe für Sie und für Geschäftsleute besonders unentbehrlich Mk. 2.80 Kongreß-Verlag Abt. 109B, Dresden-A., Marschallstr. 27.

Anzüge Herren-Loden-, Gummi-, Herbst- u. Wintermäntel, Damen-Mäntel, Schuhe u. Stiefel lief. wir 8 Tage zur Probe m. bedingungsl. Rücksendungsrecht angem. Anzahlg. 2.— geg. bequ. Wochenzahlungen v. G.-M. an. Illustrierter Prospekt mit Preisl. gratis u. frei Walter H. Gerz, Berlin S 42, Postl. 828B

Eigen: Metall- Holz- Betten Stahlmatratzen Kinderb., Polster, Schlafzimmer Chaiselong. an Private, Ratenzahlung. Katalog 755 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 79 Prov. Sachsen, Angerstr. 4 sendet Ihnen nur beste, strong reelle Qualitäten Bettfedern bedeutend billig. zu Fabrikpreisen. Ferner prima Bettinlett. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisl. umsonst u. portofrei

Gratis Katalog über billige Kurzwaren, Strümpfe, Wäsche usw. Schreiben Sie sofort. Sie sparen viel Geld. M. Falsen, München B 70 Zweibrückenstr. 4

Echte Harzer 8.— Mk. an Futter, Käfige, Weltausstellung. Großzucht Diels, Hohen Neuendorf 62. (Nordbahn). Ill. Preisl. frei

Alle Gummiwaren und hygienischen Artikel für allen hygienischen Bedarf Bei Wunschangabe Preislisten gratis. G. J. Hess Leipzig 103 Unt. Münsterstr. 20

Meine Seele singt! Gedichte von Victor Kalinowski 207 Seiten Preis 75 Pfg. Zu beziehen durch H. Hansmann & Co., Bochum.

Volksfürsorge Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherung

Wirklich billig u. gut sind unsere echt böhm. Bettfedern doppelt gemasch., gereinigt, staubfrei, ferner unsere fertigen Betten, sowie herrl. Daunendecken! Ober- oder Unterbetten dick gefüllt, gutes rotes Inlett, Mk. 13.—, m. Flaumtupf Mk. 26.—, m. feinst. Halbdaunen Mk. 39.— Kissen echtrot, dick gefüllt Mk. 4.80, im Viereck 7.80, 12.50. Daunendecken, herrlich geblumt u. glatt, Stck. 42.—, 56.— und 69.—. Füllfedern, grau Pfd. 1.10, Flaumtupf 2.90, Schleiffl. 3.20, feinste Halbd. 4.80, 6.80, reine Daunen 8.80 u. 12.50. Ab 9 Pfd. portofrei. Kauf ohne Risiko, da Geld zurück. Muster u. Preisl. gratis. Bettfedernversand M. Mühlderfer, Haidmühle 58. (Bayer. Wald, böhm. Grenze.)

Vor Einkauf verlangen Sie bitte meine vorteilhafte Preisl. über erstkl. Gemüse- u. Blumen-Sämereien Samenhandlung Fritz Ballhorn Opperode-Gatenstedt

Gar. reines Tafel-Pflaumenmus Nur Pflaumen u. Zucker 10-Pf.-Goldblech-Eim. 3,40 25-Pf.-Goldblech-Eim. 7,90 10-Pf.-Emaille-Eimer 4,— 28-Pf.-Emaille-Eimer 9,50 Ia Rübensaft, 10-Pfd. 2,90 Vierfruchtmarmelade, feinste Qualität, 10-Pfd.-Eimer 5,20. Preise ab Magdeburg geg. Nachn. Pflaumenmus-Fabrik Märtens & Co. Magdeburg-N. 114

Reispressfutter füttert wie Milch vorzügliches billiges Mast- und Milchfutter für sämtl. Schweine und Rindviehgattungen, Geflügel, je Sack 150 Pfd. 10,50 M 5 Sack 47,50 M ab Station Bebra per Nachnahme. Tägl. eingehende Anerkennungen beweisen die Güte des Futters. Ehr. Sänger, Wilbich 32 bei Geismar (Eichsfeld).

BETTEN Federdicht, echtrot gestr. Bettköper, mit 17 Pfund zartweicher Federfüllung, 1½schläfig, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zus. RM 34,50. Dasselbe mit extra Ia. Federfüllung RM 44,50. Dass. feinste Ausführ., v. echtr. Daunenköper 54,50. Bettfedern bill. Muster, Preisliste grat. Tausende Kunden. — Nachbestellung, Dankschreiben. Nichtgefallendes Geld zurück. Bettenfabr. Frankrone, Kassel 39, Postfach 80.

Harzer Edelroller Tag- u. Lichtfänger Ia. Zuchtäh. 8, 9, 10, 12, erstkl. Vorl. 15 M. W. 2-3 M. versf. geg. Nachn. a. m. Gef. 14 Tg. Prbz. Unt. gest. evtl. Btr. zur. H. Werkmeister, Kallmerode 3 Leinef. Harz

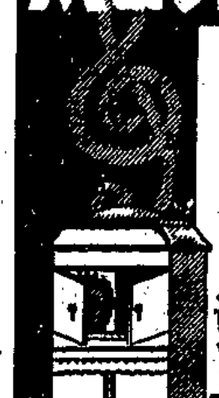
9 Pfund gekochte Schweinsköpfe mit dicker Backe M 5.95 9 Pf. Schw.-Kleinst. 3.95 9 Pf. ger. fett. Cervelat-, Salami- u. Mettw. M 15.75 9 Pf. g. Blut- u. Lebw. 7.65 Billiger reeller Käse 9 Pf. rote Kugeln 3.95 9 Pf. gelbe Brocken 3.95 9 Pf. Tilsiter (Dei.) 7.90 9 Pf. Edam. (hochf.) 7.90 9 Pf. dän. Schweiz. 9.45 200 Stück Harzer 3.95 Fischpreislisten kostenl. ab Nortorf-Nachnahme CARL RAMM, Nortorf (Holst.) 50

Heimarbeit vergibt P. Holster, Breslau Hauptbh.

Gabelrollmops Mt. 5.95 Salzfettheringe Dauerware, ohne Kopf und Eingew., fast tafelfertig, auch zum Sauereinlegen hochfein, Fäßchen ca. 120 Stck. 5.50 M. fr. E. Happy, Altona 377

ANZUG- PALETOT- u. DAMEN- Stoffe VERLANGEN SIE MUSTER FRANKO GEGEN FRANKO LIEFERT DIRECT AN PRIVATE SCHWETASCH & SEIDEL G. M. B. H. Tuchversand- u. Fabrik. SPREMBERG-L. 35

MUSIK BRINGT FREUDE INS HEIM



ZIEHHARMONIKAS	„ 4,75 M.
GEIGEN	„ 5,00 M.
MANDOLINEN	„ 7,00 M.
GITARREN	„ 12,00 M.
GITARRZITHERN	„ 8,50 M.
CLARINETTEN	„ 8,00 M.
GROSSE FLÖTEN	„ 6,50 M.
TROMMELN	„ 2,50 M.
SIGNALHÖRNER	„ 9,50 M.
TROMPETEN	„ 28,75 M.
SPRECHAPPARATE COMPL.	„ 18,00 M.
PLATTEN	„ 1,00 M.

Jeder Instrument 8 Tage z. Probe Umtausch bei Nichtgefallen. GÜNSTIGE RATENZAHLUNGEN. Versand ab Fabrik direkt an Private MEINEL & HEROLD MUSIKINSTRUMENTE-SPRECHAPPARATE KLINGENTHAL № 146 GRÖSSTES MUSIKINSTRUMENTENLIEFERUNGSGESCHÄFT

Sigurd Räder direkt ab Fabrik.

Enormbillige Qualitätswaren! Hunderttausende zufriedene Kunden. Sigurd Gesellschaft Kassel 78 Illustrierter Prachtkatalog kostenlos

Konkurrenzlos mit Garantieschein für 1 Jahr Gute Taschenuhr nur Mk. 2,90

Nr. 3 Deutsche Herren-Ank.-Uhr, 33std. gen. regul. Werk, Ia vern nur M. 2,90
„ 4 m. Goldr. Scharn.-Ovalbüg. M 3,50
„ 5 m. bess. Werk kl. flach Form M. 4,80
„ 6 Sprungdeckeluhr, 3 Deckel vergoldet, hochfeine Uhr M. 8,50
„ 7 Damenuhr, versilb., 2 Goldr M 6,—
„ 8 Armbanduhr m Lederriem. M. 5,50
Nickelkette M. 0,30. Doppelkette, echt vergold. M. 1,20. Kapsel M. 0,25. Vers geg. Nachn. Katal grat.
Uhrenhaus Fritz Heinecke, Braunschweig 75, Geitestr. 3 Jahresumsatz zirka 15 000 Uhren

Sonder-Verkauf!

Hemd.-Flanell	0.48
Barchentjiffen, bestickt	1.92
Schlafdecken	1.25
Einsatzhemden	1.92
Strickwesten	3.95
Strickwolle	3.72
Toil.-Seife 12 Stck.	0.40
Masch.-Fad. 1000 m	0.48
Schuhriem. 50 Paar	1.25
Stopfgarn 20 Knäuel	0.72
Taschentücher 6 Stck.	0.61
Socken 2 Paar	0.65

Ueber 3000 Artikel Weiß-, Woll-, Kurz- u. Webwaren fabelhaft billig! Verlangen Sie heute noch reichillustr. Katalog gratis! Versandhaus A. & G. Schindler, München 82, Blumenstraße 21/25

Sind Sie auch ein Geplagter?

Leiden Sie am Magen, an den Nieren, an der Leber und Galle, am Herzen, an den Nerven, an der Lunge, an Brust oder Hals? Haben Sie Hämorrhoiden, Sommersprossen, Frostbeulen, Beinschäden, Flechten, Asthma, Rheumatismus, Ischias, Gichtschmerzen oder altern Sie zu schnell? Schlafen Sie schlecht, haben Sie Kopfschmerzen, Migräne, leiden Sie an Bleichsucht, Haarausfall, Hautunreinigkeiten, übermäßiger Schweißabsonderung, Adernverkalkung, werden Sie zu korpulent? Wollen Sie Genaueres über diese Krankheiten wissen, so schreiben Sie sofort an uns.

Kostenlos senden wir Ihnen ein Buch mit Krankheitsbeschreibungen und Abbildungen. Wenn Sie dieses Buch lesen, so werden Sie wissen, welche Wege Ihnen zur Erhaltung oder Wiederherstellung Ihrer Gesundheit zur Verfügung stehen. Scheuen Sie die paar Pfennige für eine Postkarte nicht, denn es geht um Ihre Gesundheit. Adressieren Sie an: Apotheker A. Kerndl, Chem.-pharm. G. m. b. H., Berlin 151, Wilhelmstr. 28

Feinstes Tafel-Pflaumenmus gar. rein, nur Pflaum. m. Kristallzucker eingek. 10 Pfd.-Blecheimer 3,30 25 Pfd.-dto. Bahnk. 7,80 10 Pfd.-Emailleeim. 3,80 28 Pfd.-dto. Bahnk. 9,40 Preise ab hier gegen Nachnahme. W. Trüe, Magdeburg 7, Altes Fischerufer 14.

Harzer Edelroller! Flotte Tag- und Lichtfang. m. Nachtigallschlag prima Zuchtäh. 9.-, 10.-, 12.-, Mark, erstkl. Vorsänger 15.- Mk. Zuchtweibch. 2.-, 3.- Mk. Verp. frei. Garantie Wert, gesund u. leb. Ank. 18 Tage Prüf. Unt. geff. evtl. Betr. zurück. Franz Werkmeister, Birkungen 30 (Harz)

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Limbertz, Essen. — Druck von H. Hansmann & Co., Bochum.